

61226/2

09.02.2017

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

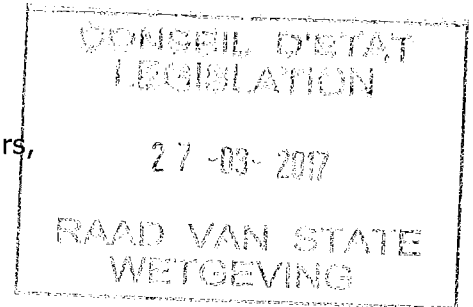
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers,

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:



5

**DEKRETVORENTWURF
ZUR BESCHULUNG VON ERSTANKOMMENDEN SCHÜLERN**

INHALTSANGABE

Vorliegender Dekretvorentwurf beinhaltet Bestimmungen zur Beschulung von erstankommenden Schülern im Bereich der Organisation und des Dienstrechts und schafft Sprachlernklassen bzw. Sprachlernkurse.



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Das Dekret zur Beschulung von neuankommenden Schülern vom 17. Dezember 2001 legt Bedingungen zur Beschulung von neuankommenden Schülern fest, die den aktuellen Gegebenheiten nicht mehr gerecht werden.

Die Anzahl der neuankommenden Schüler, die durch das vorliegende Dekret als erstankommende Schüler bezeichnet werden, ist in den letzten Jahren so erheblich gestiegen, dass fast alle Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Anfragen zur Einschreibung dieser Schüler erhalten. Es handelt sich somit nicht mehr um einzelne Schüler, die die Schule gegebenenfalls mit eigenen Ressourcen sowie durch Differenzierungsmaßnahmen im Unterricht und/oder mit einigen wenigen Zusatzstunden, wie im Dekret von 2001 definiert, fördern kann.

Aus Sicht der Wissenschaft und aus den Konzepten anderer Länder und Regionen ist ebenfalls klar zu ersehen, dass die erstankommenden Schüler, die die Unterrichtssprache nicht beherrschen, ab dem 5. Lebensjahr gezielte, intensive Sprachförderung brauchen, bevor sie in den Regelunterricht integriert werden können.

Die Eingliederung in das 1. und 2. Kindergartenjahr ist noch problemlos auf Basis des Immersionsprinzips möglich, ähnlich wie in den bilingualen Kindergärten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Im Kindergarten gehören Aktivitäten zur Sprachbildung und -förderung für alle Kinder zum Alltag. Im Rahmen der sprachlichen Aktivitäten im Kindergarten werden diese Kinder wie alle anderen gefördert.

Eine spezifische Beschulung in Sprachlernklassen für erstankommende Schüler ist auch aus wissenschaftlicher Sicht für Kinder bis zu fünf Jahren nicht notwendig. Die intensive, gezielte Förderung durch Sprachunterricht sollte erst ab dem 5. Lebensjahr erfolgen.

Die Schulen fordern seit mehreren Jahren die Abänderung des Dekretes von 2001 ein. Dazu wurden im In- und Ausland Konzepte sondiert und analysiert. Viele der betroffenen Schulen, beziehungsweise die Schulleitungen wurden nach ihren Bedürfnissen in diesem Bereich befragt.

2014 wurde das Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund mit Sprachstandserhebungen im 3. Kindergarten, im 3. bzw. 6. Primarschuljahr sowie mit einer Lehrerbefragung beauftragt.

Die Auswertung aller Ergebnisse führte schließlich zum vorliegenden Vorentwurf.

Ferner berücksichtigt der Vorentwurf die im Rahmen von Projekten erfolgreich erprobten Konzepte einiger Sekundarschulen.

Diesem Vorentwurf liegen grundsätzlich die Organisation von Sprachlernklassen für erstankommende Schüler ab dem 3. Kindergarten bis zum Ende der Sekundarschule vor. Aus organisatorischen Gründen können gegebenenfalls an einzelnen Grundschulen keine Sprachlernklassen angeboten werden, dort sollen dann intensive Sprachlernkurse vor Ort in den Schulen angeboten werden.

Abschließend fließen auch die Erkenntnisse, die aus den Konzertierungen zum Nachteilsausgleich und Notenschutz gewonnen wurden, in den vorliegenden Vorentwurf ein. In diesem Bereich greifen zwar ähnliche aber doch unterschiedliche Verfahren als die des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für Regel- und Förderschulen. So kann beispielsweise kein Gutachten von fachkundigen Instanzen wie Ärzten eingefordert werden, wenn der Schüler nicht die Unterrichtssprache beherrscht. Hier

müsste das Gutachten von einer Einrichtung mit pädagogischen Kenntnissen erstellt werden. Vor diesem Hintergrund wurde ein angepasstes Verfahren für Nachteilsausgleichsmaßnahmen und Notenschutz aufgrund fehlender Kompetenzen in der Unterrichtssprache ausgearbeitet. Dies hat beispielsweise zur Folge, dass den jeweiligen Anträgen nicht nur Gutachten, sondern auch die zur Feststellung verwendeten und von der Schulinspektion genehmigten Einstufungstests und deren Auswertung beigelegt werden müssen. Folgende Zielsetzungen werden verfolgt:

1. Der Konzeptentwurf dient dazu, Richtlinien im Bereich der Leistungsermittlung von Schülern mit besonderem Förderbedarf aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache zu geben. Die Lehrpersonen und Schulleitungen sahen sich oft nicht ausreichend handlungskompetent in diesem Bereich. Viele waren unsicher bezüglich ihrer Vorgehensweise und Möglichkeiten. Dieser Entwurf gibt den Betroffenen einen gesetzlichen Rahmen, in dem sie sich bewegen können und ermöglicht somit auch eine einheitliche Regelung für alle Schulen.
2. Der Entwurf räumt den Erziehungsberechtigten die Möglichkeit ein, Nachteilsausgleich und Notenschutz für ihre Kinder bei mangelnden Kompetenzen in der Unterrichtssprache zu beantragen.
3. Der Entwurf ermöglicht eine größere Bildungsgerechtigkeit. Dabei bedeutet Gerechtigkeit nicht, dass alle Schüler zwangsläufig denselben Vorgehensweisen unterliegen, sondern vielmehr, dass jeder Schüler seiner Situation entsprechend gefördert werden muss, damit er sich unabhängig von seiner sozialen Herkunft und seinen möglichen Beeinträchtigungen bestmöglich weiter entwickeln kann. Bildungsgerechtigkeit ist hier als Prozess zu verstehen.
4. Der Entwurf ist im Sinne des Subsidiaritätsprinzips erstellt worden. Den Schulen wird auf eigenen Wunsch hin möglichst große pädagogische Freiheit und Handlungsautonomie vor allem im Bereich des Nachteilsausgleichs gelassen. Die Maßnahmen ergeben sich aus einem Prozess unter Mitwirkung betroffener Personen und Einrichtungen.
5. Der Entwurf entspricht der Verwirklichung des Rechts auf differenzierte individuelle Bildung. Alle Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung und Ausbildung. Bildung dient der Entfaltung und Weiterentwicklung der eigenen Persönlichkeit sowie der Verbesserung des Lebens der Menschen miteinander. Nachteilsausgleich und Notenschutz ist eine Maßnahme, die den Schüler vor den Auswirkungen seiner Beeinträchtigung in Bezug auf seine Schullaufbahn, seine Motivation und seine psychische Befindlichkeit schützen soll.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Es wird im Primarschulwesen das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse geschaffen und im Sekundarschulwesen das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen.

Artikel 2 und 3

Die Möglichkeit der Diplomabweichung wird für das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse und das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen bei der Bezeichnung und der Ernennung im Gemeinschaftsunterrichtswesen vorgesehen.

Artikel 4 und 5

Zwei Übergangsbestimmungen werden im Lehrerstatut des Gemeinschaftsunterrichtswesens vorgesehen, um einerseits die Lehrer, die bereits in den Übergangsklassen unterrichten, in das neue System zu überführen und andererseits für die nächsten drei Schuljahre die Bestimmung auszusetzen, die besagt, dass der Lehrer für

Sprachlernklassen im Besitz einer Zusatzausbildung in Deutsch, Französisch oder Niederländisch als Zweitsprache sein muss. Dies hat den Vorteil für die Personalmitglieder, die das Ausgangsdiplom und die sprachlichen Anforderungen erfüllen und ab kommendem Schuljahr in diesem Amt eingestellt werden, dass sie die Bezeichnungsbedingungen von vornherein erfüllen und bereits Diensttage sammeln können, auch wenn sie die Ausbildung noch nicht absolviert haben. Hierfür werden ihnen drei Schuljahre eingeräumt. Eine unbefristete Bezeichnung oder definitive Ernennung ist erst möglich, wenn die Ausbildung absolviert wurde.

Artikel 6

Der Befähigungsnachweis wird für die Grundschule festgelegt.

Artikel 7

Der Befähigungsnachweis wird für die Sekundarschule festgelegt.

Artikel 8

Eine Übergangsbestimmung wird im Titelerlass festgelegt. Siehe Kommentar zu Artikel 5.

Artikel 9

Artikel 8 legt die Definitionen verschiedener Begriffe, wie erstankommende Schüler, gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für Sprachen, Sprachlernklasse, ... fest.

Ein grundlegendes Anliegen der Schulen ist die Neudefinierung der Zielgruppe.

Der Passus aus dem Dekret vom 17. Dezember 2001 zur Beschulung von neuankommenden Schülern „*Sie stammen aus einem Entwicklungsland, wie es erwähnt ist im Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 25. Mai 1999 über die internationale belgische Zusammenarbeit, oder aus einem Schwellenland, das offiziell durch das Entwicklungshilfekomitee der OECD unterstützt wird;*“ wird ersatzlos gestrichen, denn es kommen ebenfalls viele Schüler aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union in hiesige Schulen. Relevant ist lediglich, ob die Schüler die Unterrichtssprache beherrschen oder nicht. Dies ist auch aus Gründen der Wahrung der Chancengleichheit sinnvoll. Relevant ist in diesem Zusammenhang, dass es sich bei der Einschreibung um die Ersteinschreibung in eine Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft handelt, da es ein Dekret für erstankommende Schüler ist.

Das Niveau A2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen definiert dieses Niveau wie folgt:

Der Schüler kann Sätze und häufig gebrauchte Ausdrücke verstehen, die mit Bereichen von ganz unmittelbarer Bedeutung zusammenhängen. Er kann sich in einfachen, routinemäßigen Situationen verständigen, in denen es um einen einfachen und direkten Austausch von Informationen über vertraute und geläufige Dinge geht. Er kann mit einfachen Mitteln die eigene Herkunft und Ausbildung, die direkte Umgebung und Dinge in Zusammenhang mit unmittelbaren Bedürfnissen beschreiben.

Artikel 10

Der Artikel schafft ein Kapitel VIIIquinquies zur Beschulung von erstankommenden Schülern im Grundlagendekret.

Artikel 11

Der Artikel fügt einen Abschnitt 1 in das neue Kapitel VIIIquinquies.

Artikel 12

Der Anwendungsbereich wird festgelegt. Es gelten keine speziellen Regelungen für Förderschulen, da die Förderschulen im Vergleich zu Regelschulen für jeden Förderschüler ein erhöhtes Stundenkapital erhalten, um die individuelle Förderung ihrer Schüler zu gewährleisten.

Artikel 13

Die Zweckbestimmung des vorliegenden Dekrets orientiert sich an neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und umfasst sowohl die sprachliche als auch die kulturelle Förderung, um die Integration der Schüler in den Alltag und die definitive Eingliederung in die Grund- oder Sekundarschulen möglichst zeitnah und handlungsorientiert zu gewährleisten.

Die Unterrichtseinheiten in Sprachlernklassen und Sprachlernkursen werden so aufgebaut, dass alltagsbezogene und interkulturelle Themen in diesen Sprachunterricht einfließen. Zu diesen Themen gehören u.a. auch fächerbezogene Ansätze (Mathematik, Geografie usw.). Der Spracherwerb erfolgt ebenfalls über musische Fächer wie Kunst und Musik.

Wenn notwendig, umfasst dieser Sprachunterricht auch die Alphabetisierung beziehungsweise den Übergang zum lateinischen Schriftsystem der Schüler.

Interkulturelle Kompetenz ist die Fähigkeit, mit Individuen und Gruppen anderer Kulturen erfolgreich und angemessen zu interagieren, im engeren Sinne die Fähigkeit zum beidseitig zufriedenstellenden Umgang mit Menschen unterschiedlicher kultureller Orientierung. Interkulturell kompetent ist eine Person, die bei der Zusammenarbeit mit Menschen aus ihr fremden Kulturen deren spezifische Konzepte der Wahrnehmung, des Denkens, Fühlens und Handelns erfasst und begreift. Frühere Erfahrungen werden so weit wie möglich frei von Vorurteilen miteinbezogen und erweitert, während gleichzeitig eine Haltung der Offenheit und des Lernens während des interkulturellen Kontakts notwendig ist.

Artikel 14

Der Artikel fügt einen Abschnitt 2 in das neue Kapitel VII Iquiquies.

Artikel 15

Die Bestimmungen der freien Schulwahl und zur Zulassung der erstankommenden Schüler müssen mit den Bestimmungen des Kapitels kombiniert werden.

Artikel 16

Aus der Sicht der Wissenschaft und aus den Konzepten anderer Länder und Regionen ist ebenfalls klar zu ersehen, dass die erstankommenden Schüler, die die Unterrichtssprache nicht beherrschen, ab dem 5. Lebensjahr gezielte, intensive Sprachförderung brauchen, bevor sie in den Regelunterricht integriert werden können.

Die Eingliederung in das 1. und 2. Kindergartenjahr ist noch problemlos auf Basis des Immersionsprinzips möglich, ähnlich wie in den bilingualen Kindergärten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Im Kindergarten gehören Aktivitäten zur Sprachförderung für alle Kinder zum Alltag. Im Rahmen der sprachlichen Aktivitäten im Kindergarten werden diese Kinder wie alle anderen gefördert.

Die Kindergärtnerinnen können sich dabei vom förderpädagogischen Berater beraten lassen.

Eine spezifische Beschulung in Sprachlernklassen für erstankommende Schüler ist auch aus wissenschaftlicher Sicht für Kinder bis zu fünf Jahren nicht notwendig. Die intensive, gezielte Förderung durch Sprachunterricht sollte erst ab dem 5. Lebensjahr erfolgen insbesondere auch, weil die Einschulung in die Primarschule zeitnah erfolgen könnte.

Wie in der Primarschule besuchen die Kinder des 3. Kindergartens an vier Tagen pro Woche eine Sprachlernklasse. An einem von der Regierung festgelegten Tag pro Woche besuchen sie die Regelgrundschule, um die definitive Eingliederung bestmöglich vorzubereiten. Dabei geht es in erster Linie um die soziale Integration.

Diese Schüler sind noch nicht schulpflichtig, werden aber auf Antrag der Eltern eingeschrieben.

Die förderpädagogischen Berater am Zentrum für Förderpädagogik sind u. a. zuständig für die Beratung und Begleitung im Bereich der interkulturellen Pädagogik und Sprachförderung und sind mit der Beratung der Schulen, der Schüler und der Erziehungsberechtigten im Rahmen der Beschulung von erstankommenden Schülern beauftragt.

Der förderpädagogische Berater ist für folgende Aufgaben zuständig:

- die klassen- bzw. einzelfallbezogene Beratung der Schulleiter und der Personalmitglieder, die deutschsprachige oder französischsprachige Sprachlernklassen für erstankommende Schüler oder Sprachlernkurse organisieren;
- die Beratung des Lehrpersonals der aufnehmenden Regelklassen;
- die einzelfallbezogene Beratung des erstankommenden Schülers und seiner Erziehungsberechtigten, beziehungsweise seines Vormunds nach der Beschulung in der Sprachlernklasse für erstankommende Schüler oder der Beschulung in Sprachlernkursen;
- die Teilnahme an den Begleiträten sowie deren aktive Unterstützung;
- inhaltliche Zuarbeit zur Pflege und zur regelmäßigen Aktualisierung des Online-Portals für Unterrichtsmaterialien in Deutsch als Zweitsprache und Französisch als Zweitsprache

Zweitsprache ist die Sprache des Landes, in dem der Schüler lebt und beschult wird. Dieser Begriff unterscheidet sich vom Begriff Fremdsprache. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann das entweder Deutsch als Zweitsprache, Französisch als Zweitsprache oder Niederländisch als Zweitsprache sein. Zweitsprache: die Unterrichtssprache, die die erstankommenden Schüler neben ihrer Herkunftssprache erwerben und die für die Integration in die Gesellschaft notwendig ist. Herkunftssprache: Sprache, die der erstankommende Schüler spricht;

Artikel 17

Die Erziehungsberechtigten schreiben ihre Kinder in die Schule ihrer Wahl ein, um die Konkurrenz unter den Schulen einzugrenzen, die Verteilung der Schüler auf alle Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu gewährleisten und den Rechten der Erziehungsberechtigten zur Einschreibung ihrer Kinder gerecht zu werden. Der förderpädagogische Berater berät und unterstützt die Schulen und die Erziehungsberechtigten bei der Einschreibung.

Um die Beschulung in den Sprachlernklassen für erstankommende Schüler möglichst einfach zu gestalten, entscheidet der Schulleiter mit den Erziehungsberechtigten beim Erstgespräch, ob die Kompetenzen des Schülers in der Unterrichtssprache unter dem Kompetenzniveau A2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen liegen oder nicht. Zur Einschätzung nutzt der Schulleiter das von der Schulinspektion vorgefertigte Formular, welches gleichzeitig auch als Antrag für die Beschulung in Sprachlernklassen für erstankommende Schüler genutzt wird. Im Zweifelsfall zieht er den förderpädagogischen

Berater und/oder einen Übersetzer zurate oder bittet die Schulinspektion bei Uneinigkeit um Entscheidung.

Die Nichtbeherrschung der Unterrichtssprache stellt keinen Verweigerungsgrund für die Aufnahme in die Schule dar. Wenn die Sprachkenntnisse fehlen oder so gering sind, dass sie für eine vollzeitige Teilnahme am Unterricht der Regelklasse nicht ausreichen, müssen die Schüler zunächst in einer Sprachlernklasse für erstankommende Schüler oder in Sprachlernkurse beschult werden.

Der Aufenthalt der erstankommenden Schüler in der Sprachlernklasse wird zeitlich begrenzt, um sicherzustellen, dass die Sprachförderung intensiv erfolgt und zeitnah eine Eingliederung in die jeweilige Schule erfolgt.

Um die definitive Eingliederung im Hinblick auf die soziale Integration der erstankommenden Schüler in die Regelprimarschule bestmöglich vorzubereiten, nimmt der erstankommende Schüler vom Tag der Einschreibung an, an einem von der Regierung festgelegten Tag pro Woche am Unterricht der Regelprimarschule, in der er eingeschrieben ist, teil.

Artikel 18

Die Erziehungsberechtigten schreiben die erstankommenden Schüler in die Sekundarschule ihrer Wahl ein.

Falls der aufnehmende Schulleiter beim Erstgespräch feststellt, dass die Kompetenzen des erstankommenden Schülers in der Unterrichtssprache unter dem Kompetenzniveau A2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen liegen, berät er die Erziehungsberechtigten in Fragen der Einschreibung und empfiehlt ihnen gegebenenfalls die Einschreibung in eine Regelsekundarschule, die eine Sprachlernklasse organisiert. Hierzu nutzt er den von der Regierung festgelegten Antrag zur Einschätzung der Sprachkompetenzen.

Im Zweifelsfall zieht er den förderpädagogischen Berater für erstankommende Schüler und/oder einen Übersetzer zurate.

Der Aufenthalt der erstankommenden Schüler in der Sprachlernklasse wird zeitlich begrenzt, um sicherzustellen, dass die Sprachförderung intensiv erfolgt und zeitnah eine Eingliederung in die jeweilige Schule erfolgt.

In der Regelsekundarschule wurden maximal 2 Jahre festgelegt, weil die Schüler vor der definitiven Eingliederung schon teilweise für verschiedene Fächer integriert werden können. Die Konzepte, die augenblicklich in den Sekundarschulen genutzt werden, verlaufen positiv und sollten weiter im Einsatz bleiben.

In der Sekundarschule nehmen die erstankommenden Schüler nach Möglichkeit progressiv an verschiedenen Unterrichten der Regelschule teil, um die fachliche Orientierung und die soziale Eingliederung zu gewährleisten.

Artikel 19

Da viele Schüler kein Zeugnis oder kein Abschlusszeugnis ihrer vorherigen Schulen vorlegen können, sollte die Zeit in der Sprachlernklasse auch zur schulischen Orientierung des Schülers genutzt werden. Vor der definitiven Eingliederung in eine Schule muss dann gegebenenfalls eine Zulassung zu einem bestimmten Studienjahr erfolgen können.

Artikel 20

Falls der öffentliche Verkehrsdienst (TEC) keine Beförderung organisiert, ist die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte Schülerbeförderung verpflichtet, einen Abholdienst für die Schüler zu organisieren, die die ihrem Wohnsitz am nächsten liegende Schule freier Wahl besuchen.

Die Mindestentfernung zwischen dem Wohnsitz des Primarschülers und der nächstgelegenen Schule seiner freien Wahl ist auf 4 Kilometer festgelegt, des Sekundarschülers der Unterstufe auf 12 Kilometer und des Sekundarschülers der Oberstufe auf 20 Kilometer.

Artikel 21

Der Artikel fügt einen Abschnitt 3 in das neue Kapitel VIIInquies.

Artikel 22 und 23

Die Zusammenstellung und die Aufgaben des Begleirates werden neu definiert.

Unter Experten versteht man z. B. Mitarbeiter vom Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Artikel 24

Der Artikel fügt einen Abschnitt 4 in das neue Kapitel VIIInquies.

Artikel 25

Für erstankommende Schüler mit fehlenden Kompetenzen in der Unterrichtssprache werden Abweichungen von den allgemeinen Bestimmungen zu den Nachteilsausgleichsmaßnahmen und Notenschutz in den Artikeln 13 und 14 vorgesehen.

Das Niveau B1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen definiert sich wie folgt:

Der Schüler kann die Hauptpunkte verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und wenn es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. geht. Er kann die meisten Situationen bewältigen, denen man auf Reisen im Sprachgebiet begegnet. Er kann sich einfach und zusammenhängend über vertraute Themen und persönliche Interessengebiete äußern. Er kann über Erfahrungen und Ereignisse berichten, Träume, Hoffnungen und Ziele beschreiben und zu Plänen und Ansichten kurze Begründungen oder Erklärungen geben.

Artikel 26

Der Nachteilsausgleich zielt auf die Korrektur einer unausgeglichene Situation in der Regelprimar- und -sekundarschule ab, um einer Diskriminierung der Schüler mit mangelnden Kompetenzen in der Unterrichtssprache vorzubeugen.

Zu 2.: Normalerweise gilt der Lehrer für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse als Sachverständiger und erstellt das Gutachten.

Falls die Erziehungsberechtigten z.B. aus sprachlichen Gründen keinen Antrag auf Nachteilsausgleich stellen können, kann der Schulleiter die Initiative ergreifen.

Zu 3.: Mangelnde Kompetenzen in der Unterrichtssprache können nicht durch infrastrukturelle Nachteilsausgleichsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Zu 4. und 5.: Die vorerwähnte Gültigkeitsdauer der Nachteilsausgleichsmaßnahmen ist ausreichend, damit Schüler dem Unterricht in der Unterrichtssprache folgen können. Eine Verlängerung ist nicht empfehlenswert.

Artikel 27

Notenschutz aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen ist die Nichtbewertung des Schülers in einem oder mehreren Teilbereichen der im Rahmenplan bzw. Lehrplan beschriebenen Kompetenzanforderungen und kann nur

für die Unterrichtssprache und die Fremdsprachen in der Primar- und Sekundarschule angefragt werden.

Notenschutz ist die Maßnahme, die den erstankommenden Schüler bei der Leistungsermittlung und -bewertung vor den möglichen negativen Auswirkungen seiner zeitweiligen Beeinträchtigung auf seine Schullaufbahn, seine Motivation sowie auf seine psychische Entwicklung schützen soll.

Zu 2.: Die Erziehungsberechtigten sollen den Notenschutz erst nach der definitiven Eingliederung in eine Regelgrund- oder -sekundarschule, wenn notwendig, beantragen, damit die aufnehmende Schule sich zunächst ein Bild zu den Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen des Schülers machen kann und den Notenschutz, wenn notwendig für die passenden Teilbereiche gewähren kann (Leseverständnis, Sprechen, Hörverständnis, Sprechen oder Schreiben).

Als Gutachten von einer fachkundigen Einrichtung gilt das Gutachten des Lehrers der Sprachlernklasse, das bei der definitiven Eingliederung erstellt wurde und das die Ergebnisse des durchgeführten Sprachstandstests enthält. Deshalb sollte die Anfrage spätestens 6 Monate nach der definitiven Eingliederung in eine Schule erfolgen.

Notenschutz kann ab dem 5. Sekundarschuljahr nicht mehr gewährt werden, da die Schüler für das erfolgreiche Erlangen des Abschlusszeugnisses der Oberstufe der Sekundarschule die notwendigen Kompetenzen erlangen müssen. Würde Notenschutz im 5., 6. oder 7. Sekundarschuljahr gewährt, wäre der erfolgreiche Abschluss der Sekundarstudien gefährdet.

Zu 3.: Bei den erstankommenden Schülern mit mangelnden Kompetenzen in der Unterrichtssprache wird davon ausgegangen, dass diese Beeinträchtigung im Laufe der Zeit behoben wird. Dies ist für Schüler mit besonderem Förderbedarf nicht unbedingt gegeben.

Artikel 28

Der Artikel fügt einen Abschnitt 5 in das neue Kapitel VIIIInquies.

Artikel 29

Es kann in einigen Schulen vorkommen, dass das Immersionsprinzip gestört wird, weil ein zu hoher Anteil von Schülern die Unterrichtssprache nicht beherrscht. Für diesen Fall wird ein Passus eingefügt, der es dem Schulträger erlaubt zusätzliches Stundenkapital zu beantragen, um zusätzlich spezifische Sprachförderung in Kleingruppen zu organisieren.

Artikel 30 und 31

Das Stellenkapital und die Organisation der Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse werden festgelegt.

Um die Schüler zeitnah in die Regelschule integrieren zu können, ist eine intensive Sprachförderung durch geschultes Personal unerlässlich.

Deshalb sollten die erstankommenden Schüler nur in Ausnahmefällen keine Sprachlernklassen besuchen.

Außerdem soll sichergestellt werden, dass das in diesem Rahmen zur Verfügung gestellte Stundenkapital auch wirklich zur intensiven Sprachförderung der erstankommenden Schüler genutzt wird.

Artikel 32

Der Auftrag des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkursen und des Lehrers für Sprachlernklassen wird festgelegt.

Artikel 33

Eine Übergangsregelung wird für die Schüler vorgesehen, die schon im Schulsystem sind und nicht über die notwendigen Sprachkompetenzen in der Unterrichtssprache (unter Niveau A2) verfügen. Die Regierung schlägt vor, diese Übergangsregelung auf die Schüler anzuwenden, die in den zwei Schuljahren vor Inkrafttreten des neuen Dekretes in eine Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben wurden.

Artikel 34 und 35

Die Möglichkeit der Diplomabweichung wird für das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse und das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen bei der zeitweiligen und definitiven Einstellung im freien subventionierten Unterrichtswesen vorgesehen.

Artikel 36 und 37

Zwei Übergangsbestimmungen im freien subventionierten Unterrichtswesen werden vorgesehen. Siehe Kommentar zu Artikel 4 und 5.

Artikel 38 und 39

Die Möglichkeit der Diplomabweichung wird für das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse und das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen bei der Bezeichnung und der Ernennung im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen vorgesehen.

Artikel 40 und 41

Zwei Übergangsbestimmungen im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen werden vorgesehen. Siehe Kommentar zu Artikel 4 und 5.

Artikel 42

Die Lehrbefähigung für den Lehrer für Sprachlernklassen wird vorgesehen.

Artikel 43

Aufhebung.

Artikel 44

Inkrafttreten.

Der Minister für Bildung
und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS



VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Beschulung von erstankommenden Schülern

KAPITEL 1 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND DES SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Art. 1 – Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe B Buchstabe a), zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgende Nummer 4quinquies eingefügt:

„4quinquies. Lehrer für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse;“

2. in Buchstabe Dbis Buchstabe a), eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 31. August 2000 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. Lehrer für Sprachlernklassen;“

KAPITEL 2 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN INTERNATE SOWIE DER PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER AUFSICHT ÜBER DIESE EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONSDIENSTES

Art. 2 – In Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse oder eines Lehrers für Sprachlernklassen bekleidet, verfügt es über die in Artikel 7 Nummer 9 mit Ausnahme der Nummer 9.1 oder Artikel 9quater mit Ausnahme der Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Diplome;“

Art. 3 – Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das

Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse oder eines Lehrers für Sprachlernklassen bekleidet, verfügt es über die in Artikel 7 Nummer 9 mit Ausnahme der Nummer 9.1 oder Artikel 9quater mit Ausnahme der Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Diplome;“

Art. 4 - In das Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 169undecies eingefügt:

„Art. 169undecies – Die in Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) angeführte Bedingung, gemäß deren das Personalmitglied, das das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse oder das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen bekleidet, über den in Artikel 7 Nummer 9.2. oder Artikel 9quater Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Nachweis verfügt, findet keine Anwendung während der Schuljahre 2017-2018 bis einschließlich 2019-2020.“

Art. 5 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 169duodecies eingefügt:

„Art. 169duodecies – Der Schulträger bezeichnet ab dem 1. September 2017 die Personalmitglieder in das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkursen oder in das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen, die zu diesem Zeitpunkt mindestens während zehn Schuljahren Lehrer einer gemäß dem Dekret vom 17. Dezember 2001 zur Beschulung von neuankommenden Schülern geschaffenen Übergangsklasse gewesen sind.

Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.

Die gemäß Absatz 1 bezeichneten Personalmitglieder können erst dann in den Genuss der Vorrangsregelung kommen, auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnet oder definitiv ernannt werden, wenn sie im Besitz der in Artikel 7 Nummer 9 mit Ausnahme der Nummer 9.1 oder Artikel 9quater mit Ausnahme der Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Diplome und einer Lehrbefähigung, die den in Anhang 3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen angeführten wesentlichen Elementen entspricht und die die Regierung als gleichwertig anerkennt, sind.“

KAPITEL 3 – ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. APRIL 1969 ZUR FESTLEGUNG DER ERFORDERLICHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEISE DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND DES SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER EINRICHTUNGEN DES STAATLICHEN VOR-, PRIMAR-, FÖRDER- UND MITTELSCHULWESENS,

DES TECHNISCHEN UNTERRICHTS, DES KUNSTUNTERRICHTS UND DES
NORMALSCHULWESENS UND DER VON DIESEN EINRICHTUNGEN ABHÄNGENDEN
INTERDATE

Art. 6 – In Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird folgende Nummer 9 eingefügt:

„9. Lehrer für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse:

9.1. Inhaber einer der folgenden Diplome sein:

9.1.1. Diplom eines Primarschullehrers, oder

9.1.2. die deutsche Sprache betreffend: Lizenz oder Master oder Graduat oder Bachelor in Germanistik mit Deutsch als Grundrichtung,

9.1.3. die französische Sprache betreffend: Lizenz oder Master oder Graduat oder Bachelor in romanischen Sprachen mit Französisch als Grundrichtung,

9.1.4. die niederländische Sprache betreffend: Lizenz oder Master oder Graduat oder Bachelor in Germanistik mit Niederländisch als Grundrichtung,

9.1.5. die in den Nummern 9.1.2-9.1.4 angeführten Diplome betreffend: eine Lehrbefähigung, die den in Anhang 3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen angeführten wesentlichen Elementen entspricht und die die Regierung als gleichwertig anerkennt,

9.2. ergänzt durch den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Deutsch als Zweitsprache, wenn die deutsche Sprache betroffen ist, oder in Französisch als Zweitsprache, wenn die französische Sprache betroffen ist, oder in Niederländisch als Zweitsprache, wenn die niederländische Sprache betroffen ist,

9.3. ergänzt durch ein Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied der Kompetenzstufe C2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen in der betreffenden Sprache genügt, oder Inhaber eines in der betreffenden Sprache ausgestellten Hochschuldiploms sein.

Art. 7 – In Kapitel II desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 9^{quater} eingefügt:

„Art. 9^{quater} – Für den erforderlichen Befähigungsnachweis für das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen gelten folgende Bedingungen:

1. Inhaber einer der folgenden Diplome sein:

a) Diplom eines Primarschullehrers oder

b) die deutsche Sprache betreffend: Lizenz oder Master oder Graduat oder Bachelor in Germanistik mit Deutsch als Grundrichtung,

c) die französische Sprache betreffend: Lizenz oder Master oder Graduat oder Bachelor in romanischen Sprachen mit Französisch als Grundrichtung,

d) die niederländische Sprache betreffend: Lizenz oder Master oder Graduat oder Bachelor in Germanistik mit Niederländisch als Grundrichtung,

e) die in den Buchstaben b)-d) angeführten Diplome betreffend: eine Lehrbefähigung, die den in Anhang 3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen angeführten wesentlichen Elementen entspricht und die die Regierung als gleichwertig anerkennt,

2. ergänzt durch den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS Punkte umfassenden Zusatzausbildung in Deutsch als Zweitsprache, wenn die deutsche Sprache betroffen ist, oder in Französisch als Zweitsprache, wenn die französische Sprache betroffen ist, oder in Niederländisch als Zweitsprache, wenn die niederländische Sprache betroffen ist,

3. ergänzt durch ein Zertifikat, aus dem hervorgeht, dass das Personalmitglied der Kompetenzstufe C2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen in der betreffenden Sprache genügt, oder Inhaber eines in der betreffenden Sprache ausgestellten Hochschuldiploms sein.“

Art. 8 – In Kapitel VII desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 17.4 eingefügt:

„Art. 17.4 – Die in Artikel 7 Nummer 9.2. sowie die in Artikel 9quater Nummer 2 angeführte Bestimmung findet keine Anwendung während der Schuljahre 2017-2018 bis einschließlich 2019-2020.“

KAPITEL 4 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 9 – In Artikel 4 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, werden folgende Nummer 37- eingefügt:

„37. Erstankommende Schüler: Kinder oder Jugendliche, die bei einer Ersteinschreibung in eine Regelschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die folgende Bedingungen erfüllen:

- a) sie sind zwischen 3 und 18 Jahren alt;
- b) ihre Sprachkenntnisse liegen unter dem Niveau A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen;
- c) sie haben ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort in einer der neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets.

38. Gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für Sprachen: der am 26. September 2001 vom Rat für kulturelle Zusammenarbeit des Europarats vorgestellte Gemeinsame europäische Referenzrahmen für Sprachen: lernen, lehren, beurteilen.

39. Immersionsprinzip: das Erlernen einer Sprache durch den Kontakt und den Austausch mit anderen Personen, die diese Sprache praktizieren.

40. Sprachlernklasse: eine Jahrgangs- und stufenübergreifende Klasse in Regelschulen, in der ausschließlich erstankommende Schüler im Alter von 5 bis 18 Jahren beschult werden mit dem Ziel, die sprachlichen Voraussetzungen zu erwerben, um in die Regelgrund- oder -sekundarschulen integriert zu werden.

41. Sprachlernkurse: intensive Sprachkurse in Regelgrundschulen, die es erstankommenden Schülern ermöglichen, die sprachlichen Voraussetzungen zu erwerben, um in die Regelgrundschulen integriert zu werden.

42. Definitive Eingliederung: der Zeitpunkt ab dem der erstankommende Schüler die Regelgrund- oder -sekundarschule definitiv besucht und nicht mehr als erstankommender Schüler der Sprachlernklasse gilt.“

Art. 10 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgendes Kapitel VIIIquinquies eingefügt:

„Kapitel VIIIquinquies – Beschulung von erstankommenden Schülern“

Art. 11 – In das Kapitel VIIIquinquies desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 1 eingefügt:

„Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Zielsetzung“

Art. 12 – In das Kapitel VIIIquinquies Abschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.66 eingefügt:

„Art. 93.66 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung ausschließlich auf die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regelgrund- und -sekundarschulen.

Zur Anwendung des vorliegenden Kapitels gelten die Schulferien nicht als Werktage.“

Art. 13 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.67 eingefügt:

„Art. 93.67 – Zielsetzung

Die durch das vorliegende Kapitel organisierte Beschulung von erstankommenden Schülern soll insbesondere durch einen intensiven, handlungsorientierten und interkulturell gestalteten Sprachunterricht die erstankommenden Schüler möglichst zeitnah befähigen, ihre schulische und berufliche Laufbahn erfolgreich zu absolvieren und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.“

Art. 14 - In dasselbe Kapitel wird folgender Abschnitt 2 eingefügt:

„Abschnitt 2 – Einschreibung und Beschulung der erstankommenden Schüler in eine Regelschule und in eine Sprachlernklasse oder in Sprachlernkursen“

Art. 15 - In dasselbe Kapitel Abschnitt 2 wird folgender Artikel 93.68 eingefügt:

„Art. 93.68 – Allgemeines

Vorliegender Abschnitt gilt unbeschadet der Bestimmungen des Kapitels IV Abschnitt 1.

Art. 16 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.69 eingefügt:

„Art. 93.69 – Erstankommende Schüler im Kindergarten

§1 - Die Beschulung von erstankommenden Schülern, die bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres das fünfte Lebensjahr nicht vollendet haben, erfolgt im Kindergarten auf Basis des Immersionsprinzips. Im Rahmen der sprachlichen Aktivitäten im Kindergarten werden diese Kinder wie alle anderen gefördert.

Bei der Ersteinschreibung der erstankommenden Schüler füllt der Schulleiter ein von der Regierung festgelegtes Formular aus, das Informationen zur Sprache der Eltern und zum Sprachstand des Schülers enthält.

§2 - Auf die erstankommenden Schüler, die bis zum 31. Dezember des laufenden Schuljahres das fünfte Lebensjahr vollendet haben und auf Antrag der Erziehungsberechtigten in einen Kindergarten eingeschrieben werden, findet Artikel 6 Anwendung.“

Art. 17 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.70 eingefügt:

„Art. 93.70 – Erstankommende Schüler in der Regelprimarschule

Der Schulleiter füllt beim Erstgespräch mit den Erziehungsberechtigten einen von der Regierung zur Verfügung gestellten begründeten Antrag aus, auf dem er bestätigt, dass der erstankommende Schüler die Einschreibebedingungen erfüllt und in einer Sprachlernklasse beschult werden soll. Gegebenenfalls kann ein Übersetzer beim Erstgespräch eingesetzt werden.

Der Schulleiter reicht diesen Antrag bei der Regierung ein, damit der erstankommende Schüler zunächst eine Sprachlernklasse oder einen Sprachlernkurs, insofern dieser organisiert wird, besuchen kann. Die Regierung entscheidet innerhalb von fünf Werktagen über die Genehmigung oder Ablehnung des Antrags. Bei Stillschweigen der Regierung gilt der Antrag als genehmigt.

Sind sich die abgebende Regelprimarschule und die Regelprimarschule, an der die Sprachlernklasse organisiert wird, in Fragen der Einschreibung oder des Zeitpunktes der definitiven Eingliederung in die Regelprimarschule nicht einig, dann werden diese Fragen der Schulinspektion zwecks Entscheidung unterbreitet. Hierzu wird ein begründeter Antrag bei der Schulinspektion gestellt. Dieser Antrag enthält das Gutachten beider Schulleiter. Die Schulinspektion entscheidet innerhalb von zehn Werktagen über den Antrag.

Die Dauer des Aufenthalts in der Sprachlernklasse beträgt für erstankommende Regelprimarschüler höchstens ein Jahr. Die erstankommenden Schüler besuchen vier Tage pro Woche eine Sprachlernklasse oder einen Sprachlernkurs.

Der erstankommende Schüler nimmt vom Tag der Einschreibung an, an einem von der Regierung festgelegten Tag pro Woche am Unterricht der Regelprimarschule, in der er eingeschrieben ist, teil."

Art. 18 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.71 eingefügt:

„Art. 93.71 – Erstankommende Schüler in der Regelsekundarschule

Artikel 6 Absätze 1 und 2 finden Anwendung auf die erstankommenden Sekundarschüler.

Falls an der Regelsekundarschule, an der der erstankommende Schüler sich einschreibt, keine Sprachlernklasse organisiert werden kann, wird der erstankommende Regelsekundarschüler für die Zeit, in der er eine Sprachlernklasse besuchen soll, an einer Regelsekundarschule eingeschrieben, an der eine Sprachlernklasse organisiert wird.

Die Dauer des Aufenthalts in der Sprachlernklasse beträgt für erstankommende Schüler höchstens zwei Schuljahre.

In der Sekundarschule nehmen die erstankommenden Schüler nach Möglichkeit progressiv an verschiedenen Unterrichten der Regelschule teil. Spätestens zu diesem Zeitpunkt berät der Begleitrat über den weiteren schulischen Werdegang des erstankommenden Schülers und entscheidet über die definitive Eingliederung in ein Studienjahr und eine Studienrichtung."

Art. 19 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.72 eingefügt:

„Art. 93.72 – Zulassung der erstankommende Schüler zu bestimmten Studienjahren

§1 - Die in Artikel 5 und 6 angeführten Regelgrundschulschüler werden aufgrund ihres Alters und ihrer Kompetenzen in Absprache mit dem Lehrer der Sprachlernklasse und dem aufnehmenden Lehrer der Regelgrundschule durch den Schulleiter zu einem bestimmten Schuljahr der Regelgrundschule zugelassen.

Zwecks Entscheidungsfindung legen die erstankommenden Regelgrundschüler einen von der Schulinspektion genehmigten Einstufungstest der Kompetenzen in der Unterrichtssprache auf Niveau A2 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen ab, der sich, falls die Schüler noch nicht alphabetisiert sind, nur auf die mündlichen Kompetenzbereiche Hörverständnis und Sprechen beschränkt.

§2 - Die erstankommenden Sekundarschüler, die eine Sprachlernklasse besuchen, können in den Unterricht einer Regelsekundarschule eingegliedert werden, wenn dazu ein mit Gründen versehenes, positives Gutachten des Begleirates vorliegt. Dieses Gutachten beinhaltet einen ausführlichen Bericht über die erworbenen Kompetenzen des erstankommenden Schülers und die Empfehlungen zur weiteren Förderung sowie zu Nachteilsausgleichsmaßnahmen aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache .

Der Begleitrat entscheidet zum Zwecke der definitiven Eingliederung des erstankommenden Schülers in eine Regelsekundarschule über die Zulassung zu bestimmten Studienjahren. Er trifft diese Entscheidung aus pädagogischen Gründen entsprechend dem Alter und dem Kompetenzniveau des erstankommenden Schülers. Falls Diplome oder Zeugnisse vorliegen, können diese zur Entscheidungsfindung hinzugezogen werden.

Der Begleitrat stellt eine Zulassungsbescheinigung für das dem Niveau und dem Alter des erstankommenden Schülers angepasste Studienjahr einschließlich der Unterrichtsform im

Regelsekundarschulwesens aus, ausgenommen für das sechste und siebte Jahr des Regelsekundarunterrichtes.

Damit der Begleirat eine Zulassungsbescheinigung für einen erstankommenden Schüler ausstellen kann, ist ein Mitarbeiter des Ministeriums, der die Gleichstellung von ausländischen Diplomen wahrnimmt, anwesend. Eine Zulassungsbescheinigung wird ausschließlich mit dem Einverständnis dieses Mitarbeiters ausgehändigt.

Die Regierung legt die Form der Zulassungsbescheinigung fest."

Art. 20 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.73 eingefügt:

„Art. 93.73 – Schülerbeförderung der erstankommenden Schüler

Zur Anwendung des Artikels 24 Absätze 3 und 4 desselben Dekrets vom 31. August 1998 auf die erstankommenden Schüler gilt an den Wochentagen, an denen die erstankommenden Schüler die Sprachlernklasse besuchen, diese als die nächstgelegene Schule freier Wahl und an den Wochentagen an denen die erstankommenden Schüler nicht die Sprachlernklasse besuchen, gilt die Schule an der sie eingeschrieben sind als die nächstgelegene Schule ihrer freien Wahl."

Art. 21 - In dasselbe Kapitel wird folgender Abschnitt 3 eingefügt:

„Abschnitt 3 – Begleirat"

Art. 22 - In dasselbe Kapitel Abschnitt 3 wird folgender Artikel 93.74 eingefügt:

„Art. 93.74 – Zusammensetzung des Begleirates

§1 - In den Regelsekundarschulen, die eine Sprachlernklasse organisieren, setzt die Regierung einen Begleirat ein, der die bestmögliche schulische Eingliederung der erstankommenden Schüler ermöglicht, der sich wie folgt zusammensetzt:

1. einem Vorsitzenden, der unter den für die Pädagogik zuständigen Mitarbeitern des Ministeriums ausgewählt wird;
2. die Lehrer der Sprachlernklassen im Raum der Gemeinden Eupen, Kelmis, Lontzen und Raeren einerseits und im Raum der Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach und Sankt Vith andererseits;
3. die Schulleiter der Regelsekundarschulen im Raum der Gemeinden Eupen, Kelmis, Lontzen und Raeren einerseits und im Raum der Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach und Sankt Vith andererseits;
4. ein Mitarbeiter des Ministeriums, der die Gleichstellung von ausländischen Diplomen wahrnimmt;
5. ein förderpädagogischer Berater des Kompetenzzentrums, der mit der Beratung der erstankommenden Schüler am Zentrum für Förderpädagogik beauftragt ist;
6. ein Sekretär, der unter den Mitarbeitern des Ministeriums ausgewählt wird.

Für jedes der in Absatz 1 angeführten Mitglieder wird ein Ersatzmitglied vorgesehen, das nach den gleichen Kriterien ausgewählt wird wie das Mitglied, das es ersetzt.

Die Dauer der Bezeichnung der Mitglieder und der Ersatzmitglieder des Begleirates ist unbestimmt.

§2 - Externe Experten können als beratende Mitglieder auf Anfrage der Begleirates hinzugezogen werden.

§3 - Der Begleirat ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der in §1 Absatz 1 Nummern 1-5 angeführten Mitglieder oder deren Ersatzmitglieder anwesend sind.

Falls die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl nicht erreicht wird, beruft der Vorsitzende frühestens am darauffolgenden Werktag eine neue Versammlung ein.

Die mit Gründen versehene Entscheidung wird nach Abstimmung aufgrund der einfachen Stimmenmehrheit gefasst. Eine Stimmenthaltung der Mitglieder ist nicht zulässig.

Art. 23 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.75 eingefügt:

„Art. 93.75 - Aufgaben des Begleirates

Der Begleirat begleitet die erstankommenden Schüler zwecks optimaler Eingliederung in die Regelsekundarschulen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert werden.

Er berät und trifft Entscheidungen über den weiteren schulischen Werdegang und den Zeitpunkt der definitiven Eingliederung in die Regelsekundarschulen auf Grundlage eines standardisierten und von der Schulinspektion genehmigten Einstufungstests der Kompetenzen in der Unterrichtssprache.

Der Begleirat spricht Empfehlungen zur weiteren Förderung und zu Nachteilsausgleichsmaßnahmen aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache für die erstankommenden Schüler in der Regelsekundarschule aus. Diese Entscheidungen werden schriftlich festgehalten und den Erziehungsberechtigten vom Vorsitzenden des Begleirates innerhalb von 20 Werktagen per Einschreiben zugestellt.

Mit der Unterstützung des Vorsitzenden des Begleirates können die Erziehungsberechtigten einen Antrag auf Nachteilsausgleichsmaßnahmen stellen.“

Art. 24 – In dasselbe Kapitel wird folgender Abschnitt 4 eingefügt:

„Abschnitt 4 - Nachteilsausgleich aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und Notenschutz aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen“

Art. 25 - In dasselbe Kapitel Abschnitt 4 wird folgender Artikel 93.76 eingefügt:

„Art. 93.76 – Prinzip

Die Artikel 93.33-93.46 finden mit den in den Artikel 13 und 14 angeführten Anpassungen Anwendung auf die Schüler mit mangelnden Kompetenzen in der Unterrichtssprache; darunter versteht man, dass ihre Sprachkenntnisse unter dem Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen liegen. Die Artikel 93.38-93.46 finden mit den in den Artikel 13 und 14 angeführten Anpassungen zusätzlich Anwendung auf die Schüler mit mangelnden Kompetenzen in den Fremdsprachen.“

Art. 26 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.77 eingefügt:

„Art. 93.77 – Nachteilsausgleich aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache

Zur Anwendung des Verfahrens zum Nachteilsausgleich auf die Schüler mit mangelnden Kompetenzen in der Unterrichtssprache gelten folgende Anpassungen:

1. Artikel 93.33 Absatz 4 findet keine Anwendung und unter dem in Artikel 93.33 angeführten Begriff „besonderem Förderbedarf“ versteht man „mangelnde Kompetenzen in der Unterrichtssprache“.

2. Artikel 39.34 §2 findet keine Anwendung und in Abweichung von Artikel 93.34 Absatz 3 beinhaltet das Gutachten folgende Angaben:

2.1. Name der Einrichtung,

2.2. Titel und berufliche Referenzen des/der Sachverständigen, der/die die Auswertung und das Gutachten des Schülers erstellt hat/haben,

2.3. Nachname, Vorname des Schülers, Geburtsdatum und -ort sowie Wohnsitz,

2.4. Name und Adresse der Regelschule, an der der Schüler eine Sprachlernklasse besucht hat, insofern er in eine solche Klasse eingeschrieben war,

- 2.5. Name und Adresse der Regelgrund- oder -sekundarschule, Studienjahr inklusive Unterrichtsform des Sekundarschulwesens, in der er zukünftig beschult wird,
 - 2.6. die zur Feststellung verwendeten von der Schulinspektion genehmigten Einstufungstests und deren Auswertungen,
 - 2.7. die Art der allgemeinen Probleme in der Unterrichtssprache des Schülers,
 - 2.8. relevante Stärken und Schwächen des Schülers in den unten stehenden vier Teilbereichen des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen sowie deren Auswirkungen auf den Lernprozess:
 - 2.8.1. Leseverständnis
 - 2.8.2. Sprechen
 - 2.8.3. Hörverständnis
 - 2.8.4. Schreiben
 - 2.9. Empfehlungen zu Ausgleichsmaßnahmen.
3. In Abweichung von Artikel 35 §1 Absatz 3 können die Nachteilsausgleichsmaßnahmen ausschließlich technischer, personeller oder organisatorischer Natur sein.
 4. Unbeschadet von Artikel 93.36 Absatz 1 ist eine Verlängerung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen ausgeschlossen.
 5. Artikel 33.37 Absätze 3 und 4 finden keine Anwendung.

Art. 27 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.78 eingefügt:

„Art. 93.78 - Notenschutz aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen

Zur Anwendung des Verfahrens zum Notenschutz auf die Schüler mit mangelnden Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen gelten folgende Anpassungen:

1. Artikel 93.38 Absätze 3 und 4 finden keine Anwendung und der Notenschutz aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen darf nur für die Unterrichtssprache und die Fremdsprachen beantragt werden.
2. In Abweichung von Artikel 93.39 §1 Absätze 1-3 gilt Folgendes:
 - 2.1. Die Erziehungsberechtigten reichen innerhalb von sechs Monaten nach der definitiven Eingliederung in eine Regelgrund- oder -sekundarschule einen Antrag auf Notenschutz aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen beim Leiter der Schule ein, in der das Kind oder der Jugendliche eingeschrieben ist. Hierzu nutzen sie ein von der Regierung festgelegtes Antragsformular. Nach Ablauf der Frist wird der Antrag von Amts wegen abgelehnt.
Dem Antrag werden die Entscheidung des Schulleiters zu den Nachteilsausgleichsmaßnahmen, die bereits dokumentierten Maßnahmen zum Nachteilsausgleich und ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung beigelegt. Das Gutachten ist nicht älter als sechs Monate, begründet die Notwendigkeit des Notenschutzes und wird von den Erziehungsberechtigten eingeholt.
 - 2.2. Das Gutachten beinhaltet folgende Angaben:
 - 2.2.1. Name der Einrichtung,
 - 2.2.2. Titel und berufliche Referenzen des/der Sachverständigen, der/die die Auswertung und das Gutachten des Schülers erstellt hat/haben,
 - 2.2.3. Nachname, Vorname des Schülers, Geburtsdatum und -ort sowie Wohnsitz,
 - 2.2.4. Name und Adresse der Regelschule, an der der Schüler eine Sprachlernklasse besucht hat, insofern er in eine solche Klasse eingeschrieben war,
 - 2.2.5. Name und Adresse der Regelgrund- oder -sekundarschule, Studienjahr inklusive Unterrichtsform des Sekundarschulwesens, in der er zukünftig beschult wird,
 - 2.2.6. die zur Feststellung verwendeten von der Schulinspektion genehmigten Einstufungstests und deren Auswertungen,
 - 2.2.7. die Art der allgemeinen Probleme in der Unterrichtssprache des Schülers,

2.2.8. relevante Stärken und Schwächen des Schülers in den unten stehenden vier Teilbereichen des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen sowie deren Auswirkungen auf den Lernprozess:

2.2.8.1. Leseverständnis

2.2.8.2. Sprechen

2.2.8.3. Hörverständnis

2.2.8.4. Schreiben

2.2.9. Empfehlungen zu Ausgleichsmaßnahmen und für den Notenschutz in den relevanten Teilbereichen des Rahmenplans oder des Lehrplans.

2.3. Notenschutz aufgrund mangelnder sprachlicher Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen wird ab dem 5. Sekundarschuljahr nicht mehr gewährt.

3. Unbeschadet von Artikel 93.41 Absatz 1 und Artikel 93.42 §3 Absatz 1 ist eine Verlängerung des Notenschutzes aufgrund mangelnder Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in den Fremdsprachen ausgeschlossen.

Art. 28 – In dasselbe Kapitel wird folgender Abschnitt 5 eingefügt:

„Abschnitt 5 – Stellenkapital für erstankommende Schüler und zur Organisation der Sprachlernklassen oder der Sprachlernkurse“

Art. 29 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.79 eingefügt:

„Art. 93.79 - Stellenkapital für erstankommende Schüler im Kindergarten

Der Schulträger kann für die in Artikel 5 §1 Absatz 1 angeführten Schüler zusätzliches Stellenkapital anfragen, wenn mindestens 40% der Gesamtschülerzahl des Kindergartens die Unterrichtssprache nicht beherrschen und in diesem Kindergarten mindestens 12 Kinder eingeschrieben sind.

Sobald 40% der Gesamtschülerzahl des Kindergartens anhand des in Artikel 5 §1 Absatz 2 angeführten Formulars innerhalb eines Schuljahres als erstankommende Schüler identifiziert sind, kann der Schulträger einen Antrag auf ergänzendes Stellenkapital bei der Regierung stellen. Die Schulinspektion erstellt ein Gutachten aufgrund der ausgefüllten Formulare und schaut sich die Situation gegebenenfalls vor Ort an.

Das ergänzende Stellenkapital gilt jeweils für das laufende Schuljahr und bis zum 30. September des darauffolgenden Schuljahres.

Das ergänzende Stellenkapital beträgt bei:

1. 5-10 erstankommenden Schülern: 1 zusätzliche Viertelstelle;
2. 11-17 erstankommenden Schülern: 1 zusätzliche Viertelstelle;
3. 18-24 erstankommenden Schülern: 1 zusätzliche Viertelstelle;
4. Ab dem 25. erstankommenden Schüler: pro Tranche von 6 erstankommenden Schülern jeweils 1 zusätzliche Viertelstelle.

Die vorerwähnten Normen gelten pro Sprachabteilung.“

Art. 30 – In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.80 eingefügt:

„Art. 93.80 - Organisation der Sprachlernklassen und Sprachlernkurse in den Regelgrundschulen

Die Schulträger der Regelgrundschulen erhalten zur Organisation einer Sprachlernklasse beziehungsweise eines Sprachlernkurses sobald die Normen erreicht sind, folgendes Stellenkapital:

1. Von 3 bis 5 erstankommende Schüler: eine Viertelstelle
2. Von 6 bis 8 erstankommende Schüler: eine zusätzliche Viertelstelle
3. Von 9 bis 12 erstankommende Schüler: eine zusätzliche halbe Stelle

4. Ab dem 13. erstankommenden Schüler: pro Tranche von 3 erstankommenden Schülern jeweils eine zusätzliche Viertelstelle.

Sobald die vorgesehenen Normen erreicht sind, kann der Schulträger das zusätzliche Stellenkapital zu gleich welchem Zeitpunkt im Schuljahr beantragen. Es gilt für das laufende Schuljahr und bis zum 30. September des darauffolgenden Schuljahres.

In den Regelgrundschulen wird ab 9 erstankommende Schüler, die bei einem Schulträger eingeschrieben wurden, eine Sprachlernklasse organisiert. Der Schulträger organisiert diese an einem Standort seiner Wahl.

Hat ein Schulträger keine 9 erstankommenden Schüler, dann können sich die Schulträger zusammenschließen, bis die Norm von 9 erstankommenden Schülern erreicht wird.

Wenn keine 9 erstankommenden Schüler im gesamten Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschult werden, kann eine Sprachlernklasse, die nicht die Mindestnorm von 9 erstankommenden Schülern erfüllt, in Abweichung von der Norm organisiert werden. Dies gilt auch für den Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Wenn keine Sprachlernklassen organisiert werden können, setzt der Schulträger das ihm zur Verfügung gestellte Stundenkapital ausschließlich für Sprachlernkurse in seinen Regelgrundschulen ein. Diese finden ausschließlich an den Standorten statt, an denen die erstankommenden Schüler aus organisatorischen Gründen keine Sprachlernklasse für erstankommende Schüler besuchen können.

Das Stellenkapital für Schulleiter, Koordination, Projektstelle sowie die Mittel für pädagogische Zwecke und die Funktionsdotationen bzw. -subventionen erhält die Herkunftsschule, an der die erstankommenden Schüler eingeschrieben sind.

Die Mittel für die Reduzierung der Schulkosten erhält die Regelgrundschule, an der die Sprachlernklasse eingerichtet ist.

Für das Stellenkapital der Lehrer zählen die erstankommenden Schüler erst ab dem Zeitpunkt der definitiven Eingliederung in die Regelgrundschule."

Art. 31 - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 93.81 eingefügt:

„Art. 93.81 - Organisation der Sprachlernklassen in den Regelsekundarschulen

Im Regelsekundarschulwesen wird jeweils eine Sprachlernklasse im Raum der Gemeinden Eupen, Kelmis, Lontzen und Raeren und im Raum der Gemeinden Amel, Büllingen, Burg Reuland, Bütgenbach und Sankt Vith organisiert. Dafür stehen jeweils 30 Stunden für bis zu 12 erstankommende Schüler zur Verfügung.

Wenn mehr als 12 erstankommende Regelschüler in eine Sprachlernklasse eingeschrieben sind, werden gemäß der unten stehenden Normen folgende zusätzliche Stunden gewährt:

1. 13 bis 15 erstankommende Schüler: 15 zusätzliche Stunden
2. 16 bis 24 erstankommende Schüler: 15 zusätzliche Stunden
3. 25 bis 27 erstankommende Schüler: 15 zusätzliche Stunden
4. 28 bis 36 erstankommende Schüler: 15 zusätzliche Stunden
5. Ab dem 37. erstankommenden Schüler: pro Tranche von 6 Schülern jeweils 15 zusätzliche Stunden

Diese zusätzlich organisierten Sprachlernklassen werden in Absprache mit den Schulträgern in anderen Regelsekundarschulen organisiert.



Das Stellen- bzw. Stundenkapital für Schulleiter, Koordination, Projektstellen, Erzieher erhält die Regelsekundarschule, an der die erstankommenden Schüler eingeschrieben sind.

Die Mittel für die Reduzierung der Schulkosten erhält die Regelsekundarschule, an der die erstankommenden Schüler eingeschrieben sind.

Die Mittel für pädagogische Zwecke und die Funktionsdotationen bzw. -subventionen erhält die Regelsekundarschule, an der die erstankommenden Schüler eingeschrieben sind.

Sobald die Normen erreicht sind, kann der Schulträger das Stundenkapital zu gleichwelchem Zeitpunkt im Schuljahr beantragen. Es gilt dann jeweils für das laufende Schuljahr und bis zum 30. September des darauffolgenden Schuljahres.

Art. 32 – In Artikel 97 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Paragraph 4 eingefügt:

„§4– In Abweichung von §1 umfasst der Auftrag des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkursen und des Lehrers für Sprachlernklassen folgende Aufgaben:

1. Beratung und Unterstützung des Lehrpersonals bei der Planung und Umsetzung zielgerichteter Differenzierungs- und Fördermaßnahmen im Unterricht für einzelne Schüler oder Schülergruppen;
2. individuelle Arbeit mit Schülern und Schülergruppen;
3. Erstellen von individuellen Verlaufsdocumentationen für Schüler;
4. Durchführung der von der Schulinspektion genehmigten Sprachstandstests;
5. Zusammenarbeit, Austausch und Koordinierung mit den relevanten Partnern, dazu zählen u. a. die Erziehungsberechtigten, das Lehrpersonal der Regelschulen, der förderpädagogische Berater;
6. Teilnahme an Personalversammlungen, Versammlungen des Klassenrates, Koordinationsversammlungen;
7. Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen und pädagogischen Konferenzen;
8. Aufgaben, die dazu beitragen, das Schulprojekt zu verwirklichen;
9. den Unterrichtsauftrag, das heißt die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Unterrichtsstunden und der anderen pädagogischen Aktivitäten;
10. den Erziehungsauftrag, das heißt die regelmäßige und persönliche Betreuung des Schülers und die Entwicklung seines Verantwortungsbewusstseins;
11. Aufsichten;
12. die Organisation von Elternkontakten und die Teilnahme an Elternsprechstunden;
13. die Mitwirkung bei der internen und externen Evaluierung der Schule;
14. die Zusammenarbeit mit dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
15. die Leitung einer Klasse und die Durchführung der damit verbundenen Verwaltungsaufgaben, wie das Verfassen von Berichten und Zeugnissen;
16. die Mitarbeit am schulinternen Curriculum und die Gestaltung von Fachcurricula;
17. die Führung eines Lehrertagebuches;
18. die Verbesserung von Schülerarbeiten und die formative Bewertung der Schüler.

Es ist dem Lehrer für Sprachlernklassen oder Sprachlernkursen und dem Lehrer für Sprachlernklassen untersagt, im Rahmen seiner Tätigkeit ein anderes Personalmitglied der Kategorie Direktions- und Lehrpersonal zu ersetzen.“

Art. 33 – In Kapitel XII desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 123quinquies eingefügt:

„Art. 123quinquies – Schüler, die nicht länger als 20 Monate auf dem Gebiet deutscher Sprache beschult wurden, und nicht über das Kompetenzniveau A2 des Gemeinsamen

europäischen Referenzrahmens für Sprachen verfügen, gelten bis zum 30. Juni 2019 als erstankommende Schüler.

KAPITEL 5 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 34 – In Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse oder eines Lehrers für Sprachlernklassen bekleidet, verfügt es über die in Artikel 7 Nummer 9 mit Ausnahme der Nummer 9.1 oder Artikel 9quater mit Ausnahme der Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Diplome;“

Art. 35 – In Artikel 49 §1 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse oder eines Lehrers für Sprachlernklassen bekleidet, verfügt es über die in Artikel 7 Nummer 9 mit Ausnahme der Nummer 9.1 oder Artikel 9quater mit Ausnahme der Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Diplome;“

Art. 36 – In den Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 119.10 eingefügt:

„Art. 119.10 – Die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) angeführte Bedingung, gemäß deren das Personalmitglied, das das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse oder das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen bekleidet, über den in Artikel 7 Nummer 9.2. oder Artikel 9quater Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Nachweis verfügt, findet keine Anwendung während der Schuljahre 2017-2018 bis einschließlich 2019-2020.“

Art. 37 – In denselben Titel wird folgender Artikel 119.11 eingefügt

„Art. 119.11 – Der Schulträger stellt ab dem 1. September 2017 die Personalmitglieder in das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkursen oder in das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen zeitweilig ein, die zu diesem Zeitpunkt mindestens während zehn Schuljahren Lehrer einer gemäß dem Dekret vom 17. Dezember 2001 zur Beschulung von neuankommenden Schülern geschaffenen Übergangsklasse gewesen sind.“

Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.

Die gemäß Absatz 1 zeitweilig eingestellten Personalmitglieder können erst dann in den Genuss der Vorrangsregelung kommen, auf unbestimmte Dauer zeitweilig eingestellt oder definitiv eingestellt werden, wenn sie im Besitz in Artikel 7 Nummer 9 mit Ausnahme der Nummer 9.1 oder Artikel 9quater mit Ausnahme der Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Diplome und einer Lehrbefähigung, die den in Anhang 3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen angeführten wesentlichen Elementen entspricht und die die Regierung als gleichwertig anerkennt, sind."

KAPITEL 6 – ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 38 – In Artikel 20 §1 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Buchstabe f) eingefügt:

„f) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse oder eines Lehrers für Sprachlernklassen bekleidet, verfügt es über die in Artikel 7 Nummer 9 mit Ausnahme der Nummer 9.1 oder Artikel 9quater mit Ausnahme der Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Diplome;“

Art. 39 – In Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Buchstabe f) eingefügt:

„f) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse oder eines Lehrers für Sprachlernklassen bekleidet, verfügt es über die in Artikel 7 Nummer 9 mit Ausnahme der Nummer 9.1 oder Artikel 9quater mit Ausnahme der Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Diplome;“

Art. 40 – In das Kapitel XIV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 111decies eingefügt:

„Art. 111decies – Die in Artikel 20 §1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) angeführte Bedingung, gemäß deren das Personalmitglied, das das Amt eines Lehrers für

Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse oder das Amt eines Lehrers für Sprachlernklassen bekleidet, über den in Artikel 7 Nummer 9.2. oder Artikel 9quater Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Nachweis verfügt, findet keine Anwendung während der Schuljahre 2017-2018 bis einschließlich 2019-2020."

Art. 41 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 111duodecies eingefügt

„Art. 111duodecies - Der Schulträger bezeichnet ab dem 1. September 2017 die Personalmitglieder in das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen oder Sprachlernkursen oder in das Amt des Lehrers für Sprachlernklassen, die zu diesem Zeitpunkt mindestens während zehn Schuljahren Lehrer einer gemäß dem Dekret 17. Dezember 2001 zur Beschulung von neuankommenden Schülern geschaffenen Übergangsklasse gewesen sind.

Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben präzisiert werden.

Die gemäß Absatz 1 bezeichneten Personalmitglieder können erst dann in den Genuss der Vorrangsregelung kommen, auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnet oder definitiv ernannt werden, wenn sie im Besitz in Artikel 7 Nummer 9 mit Ausnahme der Nummer 9.1 oder Artikel 9quater mit Ausnahme der Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate angeführten Diplome und einer Lehrbefähigung, die den in Anhang 3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen angeführten wesentlichen Elementen entspricht und die die Regierung als gleichwertig anerkennt, sind."

KAPITEL 7 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. OKTOBER 2010 ÜBER PÄDAGOGISCHE UND ADMINISTRATIVE NEUERUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN

Art. 42 - In Artikel 1 §2 Nummer3 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen, abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, werden Buchstabe i) und j) wie folgt wieder eingesetzt:

- „i) Lehrer für Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse;
- j) Lehrer für Sprachlernklassen;“

KAPITEL 8 - SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 43 - Werden aufgehoben:

1. das Dekret vom 17. Dezember 2001 zur Beschulung von neuankommenden Schülern, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Mai 2009 und 26. Juni 2013;
2. die Artikel 57bis und 61bis des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, eingefügt durch das Dekret vom 17. Dezember 2001 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015.

Art. 44 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2017 in Kraft mit Ausnahme von Artikel 27, der am 1. September 2018 in Kraft tritt.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Der Minister für Bildung
und wissenschaftliche Forschung

H. MOLLERS



09/02/2017
GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :



**Avant-projet de décret
visant la scolarisation des élèves primo-arrivants**

CONTENU

Le présent avant-projet de décret contient des dispositions concernant la scolarisation d'élèves primo-arrivants, et ce, en matière d'organisation et de statut, et crée des classes d'apprentissage linguistique ou, selon le cas, des cours d'apprentissage linguistique.



EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Le décret du 17 décembre 2001 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants fixe des conditions de scolarisation des élèves primo-arrivants qui ne correspondent plus à la réalité actuelle.

Le nombre des élèves nouvellement arrivés, qui sont désignés comme élèves primo-arrivants par le présent décret, a tellement augmenté les dernières années que presque toutes les écoles en Communauté germanophone reçoivent des demandes visant l'inscription de ces élèves. Ce ne sont donc plus uniquement des élèves individuels que l'école peut soutenir, le cas échéant, avec ses propres ressources ainsi que par des mesures de différenciation dans l'enseignement et/ou quelques heures supplémentaires, comme prévu dans le décret de 2001.

D'un point de vue scientifique et au regard des concepts établis par d'autres pays et régions, il est manifeste que les élèves primo-arrivants ne maîtrisant pas la langue d'enseignement ont besoin, à partir de l'âge de cinq ans, d'un soutien linguistique intensif avant de pouvoir intégrer l'enseignement ordinaire.

L'intégration en 1^{re} et 2^e années de maternelle est encore possible sans problème sur la base du principe de l'immersion, comme c'est le cas dans les sections maternelles bilingues en Communauté germanophone. En section maternelle, les activités de formation et de soutien linguistique sont des tâches quotidiennes pour tous les enfants. Ces enfants sont, dans le cadre des activités linguistiques de la section maternelle, soutenus comme tous les autres.

Une scolarisation spécifique dans des classes d'apprentissage linguistique pour les élèves primo-arrivants n'est pas non plus, d'un point de vue scientifique, nécessaire pour les enfants de moins de cinq ans. Le soutien intensif, ciblé, par le biais de cours de langues ne doit intervenir qu'à partir de l'âge de 5 ans.

Les écoles réclament depuis plusieurs années la modification du décret de 2001. À cette fin, des concepts belges et étrangers ont été examinés et analysés. Nombre des écoles concernées ou les directions d'écoles, selon le cas, ont été interrogées sur leurs besoins en la matière.

En 2014, l'Institut pour la recherche en matière de développement scolaire de l'Université de Dortmund (*Institut für Schulentwicklungsforschung*) a été chargé de dresser un tableau de la situation linguistique en 3^e année de maternelle ainsi qu'en 3^e et 6^e années primaires, et d'interroger les enseignants.

L'évaluation de tous les résultats a finalement mené au présent avant-projet.

Par ailleurs, cet avant-projet tient aussi compte des concepts de certaines écoles secondaires qui ont fait leurs preuves dans le cadre de projets.

Le présent avant-projet traite principalement de l'organisation de classes d'apprentissage linguistique pour les élèves primo-arrivants, et ce, de la 3^e maternelle à la fin du secondaire. Pour des raisons organisationnelles, des classes d'apprentissage linguistique ne peuvent, le cas échéant, pas être proposées dans certaines écoles fondamentales; des cours intensifs d'apprentissage linguistique y seront alors organisés.

Enfin, le présent avant-projet tient également compte des connaissances glanées lors des concertations relatives à la compensation des désavantages et à la protection des notes. En la matière interviennent des procédures qui, tout en se différenciant, sont toutefois semblables à celles du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs

organismes et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées. Ainsi, par exemple, aucun avis émanant d'instances spécialisées, telles que des médecins, ne peut être exigé lorsque l'élève ne maîtrise pas la langue d'enseignement. C'est un établissement ayant des connaissances pédagogiques qui devrait émettre un avis. Dans ce contexte, une procédure adaptée a été élaborée, contenant des mesures de compensation des désavantages et de protection des notes en raison d'un manque de compétences dans la langue d'enseignement. Cela a par exemple pour conséquence que les différentes demandes doivent être accompagnées non seulement d'avis, mais aussi des tests de classement utilisés et approuvés par l'inspection scolaire pour la constatation, ainsi que de leur évaluation. Les objectifs suivants sont poursuivis :

1. le projet de concept sert à donner des instructions quant à l'évaluation certificative des compétences chez les élèves nécessitant un soutien spécifique en raison d'un manque de compétences dans la langue d'enseignement. Souvent, le personnel enseignant et les directions d'écoles considéraient qu'ils n'étaient pas assez compétents pour agir dans ce domaine. Nombre d'entre eux étaient incertains quant à leur manière de procéder et possibilités. Ce projet fixe pour les personnes concernées un cadre légal dans lequel elles peuvent agir et permet ainsi l'établissement d'une réglementation uniforme valable pour toutes les écoles.
2. Il donne la possibilité aux personnes chargées de l'éducation d'introduire pour leurs enfants une demande visant à obtenir la compensation des désavantages et la protection des notes en cas de manque de compétences dans la langue d'enseignement.
3. Le projet rend possible une plus grande égalité des chances en matière de formation. Cette égalité ne signifie pas que tous les élèves sont inévitablement soumis aux mêmes procédures. Il s'agit plutôt d'un soutien apporté à chaque élève en fonction de sa situation afin qu'il puisse se développer au mieux, indépendamment de son origine sociale et de ses éventuels handicaps. Cet accès équitable à l'enseignement s'entend ici comme un processus.
4. Ce projet a été conçu dans le sens du principe de subsidiarité. À leur propre demande, les écoles bénéficient de la plus grande liberté pédagogique et d'action possible, surtout en ce qui concerne la compensation des désavantages. Les mesures résultent d'un processus auquel concourent les personnes et institutions concernées.
5. Le projet répond à la concrétisation du droit à une formation individuelle différenciée. Tous les enfants et tous les jeunes ont droit à l'éducation et à la formation. L'éducation permet l'épanouissement et l'enrichissement de la personnalité, ainsi que l'amélioration du vivre ensemble. La compensation des désavantages et la protection des notes constituent une mesure destinée à préserver l'élève des conséquences que ses handicaps peuvent avoir sur sa scolarité, sa motivation et son état d'esprit.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Dans l'enseignement primaire est créée la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique et dans l'enseignement secondaire la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique.

Articles 2 et 3

Ces articles prévoient la possibilité d'une dérogation de diplôme en ce qui concerne la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique et la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique lors de la désignation et de la nomination dans l'enseignement communautaire.

Articles 4 et 5

Deux dispositions transitoires sont prévues dans le statut des enseignants de l'enseignement communautaire afin, d'une part, d'intégrer dans le nouveau système les enseignants qui dispensent déjà des cours dans des classes-passerelles et, d'autre part, de suspendre pour les trois prochaines années la disposition selon laquelle le professeur de classes d'apprentissage doit avoir suivi une formation complémentaire en allemand, français ou néerlandais en tant que seconde langue. Pour les membres du personnel qui ont le diplôme de départ, remplissent les conditions linguistiques et seront engagés dans cette fonction à partir de l'année scolaire prochaine, cela présente l'avantage qu'ils remplissent dès à présent les conditions de désignation et peuvent déjà accumuler des jours de service, même s'ils n'ont pas encore suivi la formation. Ils disposent pour ce faire d'un délai de trois ans. Une désignation à durée indéterminée ou une nomination à titre définitif n'est possible qu'après avoir terminé la formation.

Article 6

Le titre de capacité est fixé pour l'enseignement fondamental.

Article 7

Le titre de capacité est fixé pour l'enseignement secondaire.

Article 8

Une disposition transitoire est fixée dans le décret relatif aux titres requis. Voir commentaire de l'article 5.

Article 9

L'article 8 fixe les définitions de différentes notions telles que « élèves primo-arrivants », « cadre européen commun de référence pour les langues », « classe d'apprentissage linguistique »...

Les écoles souhaitent vivement que les groupes cibles soient redéfinis.

Le passage « - soit ils sont ressortissants d'un pays considéré comme pays en voie de développement tel que mentionné à l'article 2, 3°, de la loi du 25 mai 1999 relative à la coopération internationale belge ou d'un pays en transition aidé officiellement par le Comité d'aide au développement de l'Organisation de coopération et de développement économique; » du décret du 17 décembre 2001 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants est abrogé sans être remplacé; en effet, nombre d'élèves provenant d'États membres de l'Union européenne fréquentent les écoles locales. La seule chose pertinente à savoir est si les élèves maîtrisent ou non la langue de l'enseignement. C'est aussi judicieux eu égard au respect de l'égalité des chances. Dans ce contexte, il est pertinent que l'inscription soit la première inscription dans une école de la Communauté germanophone puisqu'il s'agit d'un décret pour les élèves primo-arrivants.

Le niveau A2 du cadre européen commun de référence pour les langues définit ce niveau comme suit :

L'élève peut comprendre des phrases isolées et des expressions fréquemment utilisées en relation avec des domaines de priorité immédiats; il peut communiquer lors de tâches simples et habituelles ne demandant qu'un échange d'informations simple et direct sur des sujets familiers et habituels; il peut décrire avec des moyens simples son origine, sa formation, son environnement immédiat et évoquer des sujets qui correspondent à des besoins immédiats.

h

Article 10

L'article crée, dans le décret organique, un chapitre VIII*quinquies* relatif à la scolarisation d'élèves primo-arrivants.

Article 11

L'article insère une section 1^{re} dans le nouveau chapitre VIII*quinquies*.

Article 12

Il fixe le champ d'application. Il n'y a pas de règle spécifique pour les écoles spécialisées étant donné que, par rapport aux écoles ordinaires, elles reçoivent pour chaque élève à soutenir un capital périodes supérieur afin d'assurer le soutien individuel de leurs élèves.

Article 13

L'objet du présent décret se réfère aux connaissances scientifiques les plus récentes et concerne tant le soutien linguistique que culturel, afin d'assurer l'intégration des élèves dans la vie quotidienne et l'intégration définitive dans l'école fondamentale ou secondaire, et ce, dans les meilleurs délais et en tenant compte des activités.

Les unités de cours dans les classes et cours d'apprentissage linguistique sont conçues de manière à aborder, dans ces cours de langue, des sujets de la vie quotidienne et interculturels. Il s'agit entre autres de prendre les cours comme points d'accroche (mathématiques, géographie, etc.). L'acquisition langagière s'opère également par des cours artistiques tels que « Musique/art ».

Si nécessaire, ce cours de langue comprend aussi l'alphabétisation des élèves ou, selon le cas, leur passage à l'écriture latine.

La compétence interculturelle est l'aptitude à interagir, avec succès et de manière adéquate, avec des individus et groupes d'autres cultures; au sens strict, il s'agit de la capacité de fréquenter des gens d'une orientation culturelle différente, et ce, de manière satisfaisante pour chacun. Est compétente interculturellement la personne qui, lorsqu'elle collabore avec des personnes de cultures qui lui sont étrangères, saisit et comprend leurs concepts spécifiques de perception, de pensée, de sentiment et d'action. Les expériences passées sont intégrées et élargies, autant que possible sans préjugé, alors qu'il est nécessaire, parallèlement, d'adopter une position d'ouverture et d'apprentissage pendant le contact interculturel.

Article 14

L'article insère une section 2 dans le nouveau chapitre VIII*quinquies*.

Article 15

Les dispositions relatives au libre choix de l'école et à l'admission des élèves primo-arrivants doivent être combinées avec celles du présent chapitre.

Article 16

D'un point de vue scientifique et au regard des concepts établis par d'autres pays et régions, il est manifeste que les élèves primo-arrivants ne maîtrisant pas la langue d'enseignement ont besoin, à partir de l'âge de cinq ans, d'un soutien linguistique intensif avant de pouvoir intégrer l'enseignement ordinaire.

L'intégration en 1^{re} et 2^e années de maternelle est encore possible sans problème sur la base du principe de l'immersion, comme c'est le cas dans les sections maternelles bilingues en Communauté germanophone. En section maternelle, les activités de soutien linguistique sont des tâches quotidiennes pour tous les enfants. Ces enfants sont, dans le cadre des activités linguistiques de la section maternelle, soutenus comme tous les autres.

Pour ce faire, les institutrices maternelles peuvent se faire conseiller par un conseiller en pédagogie de soutien.

Une scolarisation spécifique dans des classes d'apprentissage linguistique pour les élèves primo-arrivants n'est pas non plus, d'un point de vue scientifique, nécessaire pour les enfants de moins de cinq ans. Le soutien intensif, ciblé, par le biais de cours de langues ne doit intervenir qu'à partir de l'âge de 5 ans, surtout parce la scolarisation dans le primaire pourrait s'opérer juste après.

Tout comme dans l'enseignement primaire, les élèves de la 3^e année de maternelle fréquentent une classe d'apprentissage linguistique 4 jours par semaine. Un jour par semaine, fixé par le Gouvernement, ils fréquentent l'école fondamentale ordinaire afin de préparer au mieux l'intégration définitive. Dans ce cadre, il s'agit en première ligne de l'intégration sociale.

Ces élèves ne sont pas encore soumis à l'obligation scolaire, mais sont inscrits à la demande des parents.

Les conseillers en pédagogie de soutien occupés auprès du centre de pédagogie de soutien sont entre autres compétents pour conseiller et encadrer dans le domaine de la pédagogie interculturelle et du soutien linguistique et sont chargés, dans le cadre de la scolarisation des élèves primo-arrivants, de conseiller les écoles, les élèves et les personnes chargées de leur éducation.

Le conseiller en pédagogie de soutien est compétent pour :

- conseiller, au niveau des classes ou d'un élève en particulier, le chef d'établissement et les membres du personnel qui organisent des classes d'apprentissage de l'allemand ou du français pour des élèves primo-arrivants ou des cours d'apprentissage linguistique;
- conseiller le personnel enseignant des classes ordinaires qui accueillent des élèves primo-arrivants;
- conseiller individuellement l'élève primo-arrivant et les personnes chargées de son éducation, ou son tuteur le cas échéant, après la scolarisation dans la classe d'apprentissage linguistique pour les élèves primo-arrivants ou la fréquentation de cours d'apprentissage linguistique;
- participer aux conseils d'intégration et les soutenir activement;
- contribuer, au niveau du contenu, à alimenter et à actualiser régulièrement le portail internet en matériel didactique pour l'allemand seconde langue et le français seconde langue.

La seconde langue est la langue du pays où l'élève vit et est scolarisé. Cette notion se distingue de celle de langue étrangère. En Communauté germanophone, la seconde langue peut être l'allemand, le français ou le néerlandais. Seconde langue : la langue de l'enseignement que les élèves primo-arrivants acquièrent à côté de leur langue d'origine et qui est nécessaire pour l'intégration dans la société. Langue d'origine : langue parlée par l'élève primo-arrivant.

Article 17

Les personnes chargées de l'éducation inscrivent leurs enfants dans l'école de leur choix pour limiter la concurrence entre les écoles, assurer la répartition des élèves entre toutes les écoles en Communauté germanophone et respecter les droits des personnes chargées de l'éducation des élèves quant à l'inscription de leurs enfants. Le conseiller en pédagogie

de soutien conseille et soutient les écoles et les personnes chargées de l'éducation lors de l'inscription.

Afin d'organiser de manière aussi simple que possible la scolarisation dans les classes d'apprentissage linguistique pour les élèves primo-arrivants, le chef d'établissement décide avec les personnes chargées de l'éducation de l'élève, lors du premier entretien, si les compétences de l'élève dans la langue de l'enseignement sont ou non inférieures au niveau de compétence A2 du cadre européen commun de référence pour les langues. Pour estimer le niveau, le chef d'établissement utilise le formulaire établi par l'inspection scolaire; celui-ci servira en même temps de demande de scolarisation dans des classes d'apprentissage linguistique pour élèves primo-arrivants. En cas de doute, il fait appel au conseiller en pédagogie de soutien et/ou à un traducteur et prie l'inspection scolaire de statuer en cas de désaccord.

La non-maitrise de la langue de l'enseignement ne constitue pas un motif pour refuser l'admission dans l'école. Lorsque les connaissances linguistiques font défaut ou sont faibles au point de ne pas suffire pour une participation à temps plein à l'enseignement dispensé dans la classe ordinaire, les élèves doivent d'abord être scolarisés dans une classe d'apprentissage linguistique pour élèves primo-arrivants ou dans des cours d'apprentissage linguistique.

La fréquentation de la classe d'apprentissage linguistique est limitée dans le temps pour les élèves primo-arrivants afin d'assurer que le soutien linguistique soit intensif et qu'une intégration dans l'école en question s'opère rapidement.

Afin de préparer au mieux l'intégration définitive en vue de l'intégration sociale des élèves primo-arrivants dans l'école primaire ordinaire, l'élève primo-arrivant participe, dès le jour de l'inscription et à raison d'un jour par semaine fixé par le Gouvernement, aux cours dispensés dans l'école primaire ordinaire où il est inscrit.

Article 18

Les personnes chargées de l'éducation inscrivent les élèves primo-arrivants dans l'école secondaire de leur choix.

Si le chef d'établissement accueillant constate, lors du premier entretien, que les compétences de l'élève primo-arrivant sont inférieures au niveau A2 du cadre européen commun de référence pour les langues en ce qui concerne la langue de l'enseignement, il conseille les personnes chargées de l'éducation de l'élève pour les questions relatives à l'inscription et leur conseille, le cas échéant, l'inscription dans une école secondaire ordinaire qui organise une classe d'apprentissage linguistique. Pour ce faire, il utilise la demande d'évaluation des compétences linguistiques fixée par le Gouvernement.

En cas de doute, il fait appel au conseiller en pédagogie de soutien et/ou à un traducteur.

La fréquentation de la classe d'apprentissage linguistique est limitée dans le temps pour les élèves primo-arrivants afin d'assurer que le soutien linguistique soit intensif et qu'une intégration dans l'école en question s'opère rapidement.

En ce qui concerne l'enseignement secondaire ordinaire, l'on a fixé un maximum de 2 ans parce que les élèves peuvent, avant l'intégration définitive, être déjà partiellement intégrés pour différents cours. Les concepts actuellement utilisés dans les écoles secondaires s'avèrent positifs et devraient être maintenus.

Dans l'enseignement secondaire, les élèves primo-arrivants participent progressivement, si possible, à différents cours dispensés dans l'école secondaire afin de garantir l'orientation disciplinaire et l'intégration sociale.

Article 19

Étant donné que de nombreux élèves ne peuvent présenter de certificat ou certificat d'études de leurs écoles précédentes, le temps passé en classe d'apprentissage linguistique doit aussi servir à l'orientation scolaire de l'élève. Avant l'intégration définitive dans l'école, il faut, le cas échéant, qu'une admission dans une année d'études déterminée puisse avoir lieu.

Article 20

Si les transports en commun (TEC) n'organisent pas de transport, le transport scolaire organisé par la Communauté germanophone est obligé d'organiser un service de ramassage pour les élèves qui fréquentent l'école de libre choix la plus proche de leur domicile.

La distance minimale entre le domicile de l'élève et l'école de libre choix la plus proche est fixée à 4 kilomètres pour le primaire, 12 kilomètres pour le secondaire inférieur et 20 kilomètres pour le secondaire supérieur.

Article 21

L'article insère une section 3 dans le nouveau chapitre VII *Iquinquies*.

Art. 22 et 23

La composition et les missions du conseil d'intégration sont redéfinies.

Par « experts », il faut entendre p. ex. les collaborateurs du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

Article 24

L'article insère une section 4 dans le nouveau chapitre VII *Iquinquies*.

Article 25

Pour les élèves primo-arrivants qui n'ont pas de compétences en ce qui concerne la langue de l'enseignement, il est prévu des dérogations aux dispositions générales applicables en ce qui concerne les mesures de compensation des désavantages et de protection des notes mentionnées aux articles 13 et 14.

Le niveau B1 du cadre européen commun de référence pour les langues se définit comme suit :

L'élève peut comprendre les points essentiels quand un langage clair et standard est utilisé et s'il s'agit de choses familières relatives au travail, à l'école, aux loisirs, etc.; il peut se débrouiller dans la plupart des situations rencontrées en voyage dans une région où la langue cible est parlée; il peut produire un discours simple et cohérent sur des sujets familiers et ses domaines d'intérêt; il peut raconter un événement, une expérience, décrire un rêve, un espoir ou un but et exposer brièvement des raisons ou explications pour un projet ou une idée.

Article 26

La compensation des désavantages vise à corriger une situation déséquilibrée dans l'enseignement primaire et secondaire ordinaire afin de parer une discrimination des élèves présentant un manque de compétences dans la langue d'enseignement.

À propos du 2° : normalement, le maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique est considéré comme un expert et émet l'avis.

Si les personnes chargées de l'éducation ne peuvent pas, par exemple pour des raisons linguistiques, introduire une demande de compensation des désavantages, le chef d'établissement peut en prendre l'initiative.

À propos du 3° : un manque de compétences linguistiques dans la langue de l'enseignement ne peut pas être compensé par des mesures infrastructurelles de compensation des désavantages.

À propos des 4° et 5° : la durée de validité susmentionnée pour les mesures de compensation des désavantages est suffisante pour que les élèves puissent suivre les cours dans la langue de l'enseignement. Une prolongation n'est pas recommandée.

Article 27

La protection des notes en raison d'un manque de compétences dans la langue d'enseignement et dans les langues étrangères s'opère lorsque l'élève n'est pas évalué dans un ou plusieurs sous-domaines des compétences exigées dans le cadre des référentiels de compétences ou des programmes de cours et peut uniquement être sollicitée pour la langue d'enseignement et les langues étrangères dans l'enseignement primaire et secondaire.

La protection des notes consiste, lors de l'évaluation certificative des compétences, à préserver l'élève primo-arrivant des conséquences négatives que son handicap temporaire peut éventuellement avoir sur sa scolarité, sa motivation et son développement psychique.

À propos du 2° : les personnes chargées de l'éducation de l'élève ne doivent demander, si nécessaire, la protection des notes qu'après l'intégration définitive dans une école fondamentale ou secondaire ordinaire, de sorte que l'école accueillante puisse se faire une idée des compétences de l'élève dans la langue de l'enseignement et dans les langues étrangères et puisse, si nécessaire, octroyer la protection des notes pour les sous-domaines concernés (compréhension à la lecture, parler, compréhension à l'audition, parler ou écrire).

Vaut avis rendu par un organisme expert en la matière l'avis émis par le maître de la classe d'apprentissage linguistique lors de l'intégration définitive et reprenant les résultats des tests linguistiques menés. C'est pourquoi la demande devrait intervenir au plus tard 6 mois après l'intégration définitive dans une école.

Une protection des notes ne peut plus être octroyée à partir de la 5^e année secondaire, étant donné que l'élève doit pouvoir acquérir les compétences nécessaires pour l'obtention du certificat d'enseignement secondaire supérieur. Si une protection des notes était octroyée en 5^e, 6^e ou 7^e année secondaire, cela compromettrait la réussite des études secondaires.

À propos du 3° : chez les élèves primo-arrivants qui présentent un manque de compétences dans la langue de l'enseignement, l'on part du principe que le handicap s'estompera au fil du temps. Ce n'est pas nécessairement le cas chez les élèves nécessitant un soutien spécifique.

Article 28

L'article insère une section 5 dans le nouveau chapitre VIII *quinquies*.

Article 29

Il peut arriver dans certaines écoles que le principe d'immersion soit perturbé parce qu'un nombre trop élevé d'élèves ne maîtrisent pas la langue de l'enseignement. Pour ce cas, il est inséré un passage qui permet au pouvoir organisateur de demander un capital périodes supplémentaire pour organiser un soutien linguistique spécifique par petits groupes.

Articles 30 et 31

Le capital emplois et l'organisation de classes ou cours d'apprentissage linguistique sont fixés.

Pour pouvoir intégrer rapidement les élèves dans l'école ordinaire, un soutien linguistique intensif, par du personnel formé, est indispensable.

C'est pourquoi les élèves primo-arrivants ne devraient fréquenter une classe d'apprentissage linguistique que dans des cas exceptionnels.

Par ailleurs, il faut veiller à ce que le capital périodes mis à disposition dans ce cadre soit effectivement utilisé pour le soutien linguistique intensif des élèves primo-arrivants.

Article 32

La mission du maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique et du professeur de classes d'apprentissage linguistique est fixée.

Article 33

Un régime transitoire est prévu pour les élèves qui sont déjà dans le système scolaire, mais ne disposent pas des compétences linguistiques nécessaires dans la langue de l'enseignement (en dessous du niveau A2). Le Gouvernement propose d'appliquer ce régime transitoire aux élèves qui se sont inscrits dans une école de la Communauté germanophone au cours des deux années scolaires précédant l'entrée en vigueur du nouveau décret.

Articles 34 et 35

Ces articles prévoient la possibilité d'une dérogation de diplôme en ce qui concerne la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique et la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique lors de l'engagement à titre temporaire et à titre définitif dans l'enseignement libre subventionné.

Articles 36 et 37

Deux dispositions transitoires sont prévues dans l'enseignement libre subventionné. Voir commentaire des articles 4 et 5.

Articles 38 et 39

Ces articles prévoient la possibilité d'une dérogation de diplôme en ce qui concerne la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique et la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique lors de la désignation et de la nomination dans l'enseignement officiel subventionné.

Articles 40 et 41

Deux dispositions transitoires sont prévues dans l'enseignement officiel subventionné. Voir commentaire des articles 4 et 5.

Article 42

Le titre pédagogique de professeur de classes d'apprentissage linguistique est prévu.

Article 43

Abrogation.

Article 44

Entrée en vigueur.

4

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS

7

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret visant la scolarisation des élèves primo-arrivants

Chapitre 1^{er} – Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'état et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Article 1^{er} – À l'article 6 de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le B, a), modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un *4quiniq*ues rédigé comme suit :

« 4*quiniq*ues maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique; »

2° le *Dbis*, a), du même article, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 31 août 2000 et modifié par le décret du 25 mai 2009, est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° professeur de classes d'apprentissage linguistique; ».

Chapitre 2 – Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'état, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

Art. 2 – L'article 16, alinéa 1^{er}, 5°, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, est complété par g) rédigé comme suit :

« g) s'il s'agit d'un membre du personnel qui occupe la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou de professeur de classes d'apprentissage linguistique, il dispose des diplômes mentionnés à l'article 7, 9°, à l'exception du 9.1, ou à l'article 9*quater*, à l'exception du 1°, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements; ».

Art. 3 – L'article 39, alinéa 1^{er}, 5°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) s'il s'agit d'un membre du personnel qui occupe la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou de professeur de classes d'apprentissage linguistique, il dispose des diplômes mentionnés à l'article 7, 9°, à l'exception du 9.1, ou à l'article 9*quater*, à l'exception du 1°, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du

personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements; ».

Art. 4 – Dans le chapitre XIbis du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 169undecies rédigé comme suit :

« Art. 169undecies – La condition mentionnée à l'article 16, alinéa 1^{er}, 5^o, g), selon laquelle le membre du personnel qui occupe la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou de professeur de classes d'apprentissage linguistique, est porteur d'un diplôme mentionné à l'article 7, 9.2, ou à l'article 9quater, 2^o, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, ne s'applique pas pendant les années scolaires 2017-2018 à 2019-2020 incluse. »

Art. 5 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 169duodecies rédigé comme suit :

« Art. 169duodecies – À partir du 1^{er} septembre 2017, le pouvoir organisateur désigne dans la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou dans la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique les membres du personnel qui, à ce moment, ont été pendant au moins 10 années scolaires professeur d'une classe-passerelle créée conformément au décret du 17 décembre 2001 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants.

Une attestation rédigée par le chef d'établissement peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur, attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel.

Les membres du personnel désignés conformément à l'alinéa 1^{er} ne peuvent bénéficier du régime de priorité, être désignés à titre temporaire pour une durée indéterminée ou nommés à titre définitif que s'ils sont porteurs des diplômes mentionnés à l'article 7, 9^o, à l'exception du 9.1, ou à l'article 9quater, à l'exception du 1^o, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements et d'un titre pédagogique qui correspond aux éléments essentiels figurant dans l'annexe 3 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement et qui est reconnu équivalent par le Gouvernement. »

Chapitre 3 – Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'état et des internats dépendant de ces établissements

Art. 6 – L'article 7 de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2012, est complété par un 9^o rédigé comme suit :

« 9^o maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique :

9.1. être porteur d'un des titres suivants :

9.1.1. diplôme d'instituteur primaire ou

9.1.2. en ce qui concerne la langue allemande : licence ou master ou graduat ou bachelor en langues germaniques avec l'allemand comme orientation principale;

9.1.3. en ce qui concerne la langue française : licence ou master ou graduat ou bachelor en langues romanes avec le français comme orientation principale;

9.1.4. en ce qui concerne la langue néerlandaise : licence ou master ou graduat ou bachelor en langues germaniques avec le néerlandais comme orientation principale;

9.1.5. en ce qui concerne les diplômes mentionnés aux 9.1.2. à 9.1.4. : un titre pédagogique qui correspond aux éléments essentiels figurant dans l'annexe 3 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement et qui est reconnu équivalent par le Gouvernement;

9.2. complété(e) par un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS en allemand deuxième langue lorsque l'allemand est concerné ou en français deuxième langue lorsque le français est concerné ou encore en néerlandais deuxième langue lorsque le néerlandais est concerné;

9.3. complété par un certificat attestant que le membre du personnel satisfait au niveau de compétence C2 du cadre européen commun de référence pour les langues en ce qui concerne ladite langue, ou être porteur d'un diplôme de l'enseignement supérieur établi dans cette même langue. »

Art. 7 – Dans le chapitre II du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 9^{quater} rédigé comme suit :

« Art. 9^{quater} – Les conditions suivantes s'appliquent au titre requis pour la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique :

1° être porteur d'un des titres suivants :

a) diplôme d'instituteur primaire ou

b) en ce qui concerne la langue allemande : licence ou master ou graduat ou bachelor en langues germaniques avec l'allemand comme orientation principale;

c) en ce qui concerne la langue française : licence ou master ou graduat ou bachelor en langues romanes avec le français comme orientation principale;

d) en ce qui concerne la langue néerlandaise : licence ou master ou graduat ou bachelor en langues germaniques avec le néerlandais comme orientation principale;

e) en ce qui concerne les diplômes mentionnés aux b) à d) : un titre pédagogique qui correspond aux éléments essentiels figurant dans l'annexe 3 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement et qui est reconnu équivalent par le Gouvernement;

2° complété(e) par un titre sanctionnant une formation complémentaire d'au moins 10 points ECTS en allemand deuxième langue lorsque l'allemand est concerné ou en français deuxième langue lorsque le français est concerné ou encore en néerlandais deuxième langue lorsque le néerlandais est concerné;

3° complété par un certificat attestant que le membre du personnel satisfait au niveau de compétence C2 du cadre européen commun de référence pour les langues en ce qui concerne ladite langue, ou être porteur d'un diplôme de l'enseignement supérieur établi dans cette même langue. »

Art. 8 – Dans le chapitre VII du même arrêté royal, il est inséré un article 17.4 rédigé comme suit :

« Art. 17.4 – La condition mentionnée à l'article 7, 9.2, ainsi qu'à l'article 9^{quater}, 2°, ne s'applique pas pendant les années scolaires 2017-2018 à 2019-2020 incluse. »

Chapitre 4 – Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées

Art. 9 – L'article 4 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par les 37° à 42° rédigés comme suit :

« 37° élèves primo-arrivants : enfants ou jeunes qui, lors d'une première inscription dans une école ordinaire en Communauté germanophone, remplissent les conditions suivantes :

- a) être âgé de 3 à 18 ans;
- b) avoir des connaissances linguistiques se situant sous le niveau A2 du cadre européen commun de référence pour les langues;
- c) avoir son domicile ou sa résidence habituelle dans l'une des neuf communes de la région de langue allemande;

38° cadre européen commun de référence pour les langues : le cadre européen commun de référence pour les langues proposé le 26 septembre 2001 par le Conseil de coopération culturelle du Conseil de l'Europe : apprendre, enseigner, évaluer;

39° principe d'immersion : l'apprentissage d'une langue par le contact et l'échange avec d'autres personnes pratiquant cette langue;

40° classe d'apprentissage linguistique : une classe regroupant des années et niveaux différents dans les écoles ordinaires et où sont scolarisés uniquement des élèves primo-arrivants âgés de 5 à 18 ans, avec pour objectif d'acquérir les prérequis linguistiques pour être intégrés dans l'enseignement ordinaire fondamental ou secondaire;

41° cours d'apprentissage linguistique : cours de langue intensifs dans les écoles fondamentales ordinaires qui permettent aux élèves primo-arrivants d'acquérir les prérequis linguistiques pour être intégrés dans l'enseignement fondamental ordinaire;

42° intégration définitive : le moment à partir duquel l'élève primo-arrivant fréquente définitivement l'enseignement ordinaire fondamental ou secondaire et n'est plus considéré comme élève primo-arrivant de la classe d'apprentissage linguistique. »

Art. 10 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un chapitre *VIIIquinquies* intitulé comme suit :

« Chapitre *VIIIquinquies* – Scolarisation des élèves primo-arrivants ».

Art. 11 – Dans le chapitre *VIIIquinquies* du même décret, il est inséré une section 1^{re} intitulée comme suit :

« Section 1^{re} – Champ d'application et objectif ».

Art. 12 – Dans le chapitre *VIIIquinquies*, section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 93.66 rédigé comme suit :

« Art. 93.66 – *Champ d'application*

Le présent décret s'applique exclusivement aux établissements d'enseignement fondamental et secondaire ordinaire organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone.

Pour l'application du présent chapitre, les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables. »

Art. 13 – Dans la même section, il est inséré un article 93.67 rédigé comme suit :

« Art. 93.67 – *Objectif*

La scolarisation d'élèves primo-arrivants organisée par le présent chapitre doit, notamment par un cours de langue intensif, orienté sur les activités et organisé de manière interculturelle, habiliter le plus tôt possible les élèves primo-arrivants à accomplir leur

cursus scolaire et leur carrière professionnelle avec succès et à participer activement à la vie sociale. »

Art. 14 – Dans le même chapitre, il est inséré une section 2 intitulée comme suit :

« Section 2 – Inscription et scolarisation des élèves primo-arrivants dans une école ordinaire et dans une classe ou des cours d'apprentissage linguistique ».

Art. 15 – Dans le même chapitre, section 2, il est inséré un article 93.68 rédigé comme suit :

« Art. 93.68 – Généralités

La présente section s'applique sans préjudice des dispositions du chapitre IV, section 1^{re}.

Art. 16 – Dans la même section, il est inséré un article 93.69 rédigé comme suit :

« Art. 93.69 – *Élèves primo-arrivants en section maternelle*

§ 1^{er} – La scolarisation d'élèves primo-arrivants qui n'ont pas atteint l'âge de 5 ans au 31 décembre de l'année scolaire en cours s'opère en section maternelle sur la base du principe d'immersion. Ces enfants sont, dans le cadre des activités linguistiques de la section maternelle, soutenus comme tous les autres.

Lors de la première inscription des élèves primo-arrivants, le chef d'établissement remplit un formulaire fixé par le Gouvernement, qui reprend des informations relatives à la langue des parents et le niveau linguistique de l'élève.

§ 2 – L'article 6 s'applique aux élèves primo-arrivants qui, au 31 décembre de l'année scolaire en cours, auront atteint l'âge de 5 ans et sont inscrits en section maternelle à la demande des personnes chargées de leur éducation. »

Art. 17 – Dans la même section, il est inséré un article 93.70 rédigé comme suit :

« Art. 93.70 – *Élèves primo-arrivants dans l'enseignement fondamental ordinaire*

Lors du premier entretien avec les personnes chargées de l'éducation, le chef d'établissement remplit une demande motivée mise à disposition par le Gouvernement par laquelle il atteste que l'élève primo-arrivant remplit les conditions d'inscription et doit être scolarisé dans une classe d'apprentissage linguistique. Le cas échéant, un traducteur peut intervenir lors du premier entretien.

Le chef d'établissement introduit cette demande auprès du Gouvernement afin que l'élève primo-arrivant puisse fréquenter d'abord une classe d'apprentissage linguistique ou un cours d'apprentissage linguistique si celui-ci est organisé. Dans les cinq jours ouvrables, le Gouvernement statue sur l'approbation ou le rejet de la demande. À défaut, la demande est censée être approuvée.

Si l'école primaire ordinaire « cédante » et l'école primaire ordinaire où est organisée la classe d'apprentissage linguistique ne sont pas d'accord en ce qui concerne des questions relatives à l'inscription ou à l'intégration définitive dans l'école primaire ordinaire, alors ces questions sont soumises à l'inspection scolaire pour qu'elle prenne une décision. À cette fin, une demande motivée est introduite auprès de l'inspection scolaire. Cette demande reprend les avis émis par les deux chefs d'établissement. L'inspection scolaire statue sur la demande dans les dix jours ouvrables.

Les élèves primo-arrivants de l'enseignement primaire fréquentent la classe d'apprentissage linguistique pendant un an au plus. Les élèves primo-arrivants fréquentent une classe ou un cours d'apprentissage linguistique quatre jours par semaine.

À partir du jour de l'inscription, l'élève primo-arrivant participe aux cours de l'école primaire ordinaire où il est inscrit, et ce, à raison d'un jour par semaine fixé par le Gouvernement. »

Art. 18 – Dans la même section, il est inséré un article 93.71 rédigé comme suit :
« Art. 93.71 – *Élèves primo-arrivants dans l'enseignement secondaire ordinaire*

L'article 6, alinéas 1^{er} et 2, s'applique aux élèves primo-arrivants du secondaire.

Si aucune classe d'apprentissage linguistique ne peut être organisée dans l'école secondaire ordinaire où l'élève primo-arrivant s'inscrit, celui-ci est — pour la période où il doit fréquenter une classe d'apprentissage linguistique — inscrit auprès d'une école secondaire ordinaire où une telle classe est organisée.

Les élèves primo-arrivants fréquentent la classe d'apprentissage linguistique pendant deux années scolaires au plus.

Si possible, les élèves primo-arrivants de l'enseignement secondaire prennent progressivement part aux différents cours de l'école ordinaire. Au plus tard à ce moment, le conseil d'intégration délibère sur le futur cursus scolaire de l'élève primo-arrivant et statue sur l'intégration définitive dans une année d'études et une orientation. »

Art. 19 – Dans la même section, il est inséré un article 93.72 rédigé comme suit :
« Art. 93.72 – *Admission des élèves primo-arrivants dans certaines années d'études*

§ 1^{er} – Les élèves réguliers de l'enseignement fondamental ordinaire mentionnés aux articles 5 et 6 sont, en raison de leur âge et de leurs compétences et en accord avec le maître de classe d'apprentissage linguistique et l'instituteur de l'école fondamentale ordinaire, admis par le chef d'établissement dans une année d'études déterminée de l'enseignement fondamental ordinaire.

Pour la prise de décision, les élèves primo-arrivants de l'enseignement fondamental ordinaire présentent un test de classement des compétences approuvé par l'inspection scolaire, et ce, au niveau A2 du cadre européen commun de référence pour les langues; si les élèves ne sont pas encore alphabétisés, ce test se limite aux domaines de compétences orales de compréhension à l'audition et du parler.

§ 2 – Les élèves primo-arrivants du secondaire qui fréquentent une classe d'apprentissage linguistique peuvent être intégrés dans les cours d'une école secondaire ordinaire lorsque le conseil d'intégration a émis un avis positif motivé. Cet avis comprend un rapport détaillé sur les compétences acquises par l'élève primo-arrivant et les recommandations formulées à propos du soutien futur et de mesures de compensation des désavantages en raison d'un manque de compétences dans la langue de l'enseignement.

Le conseil d'intégration statue, en vue de l'intégration définitive de l'élève primo-arrivant dans une école secondaire ordinaire, sur l'admission dans certaines années d'études. Il prend cette décision pour des motifs pédagogiques correspondant à l'âge et au niveau de compétences de l'élève primo-arrivant. Si des diplômes ou certificats existent, ils peuvent être pris en considération pour rendre la décision.

Le conseil d'intégration établit une attestation d'admissibilité pour l'année d'études adaptée au niveau et à l'âge de l'élève primo-arrivant, y compris la forme d'enseignement dans l'enseignement secondaire ordinaire, excepté pour la 6^e et la 7^e années d'études de l'enseignement secondaire ordinaire.

Afin que le conseil d'intégration puisse établir une attestation d'admissibilité pour un élève primo-arrivant, un agent du Ministère chargé de l'équivalence de diplômes étrangers

est présent. Une attestation d'admission n'est délivrée que moyennant l'accord de cet agent.

Le Gouvernement fixe la forme de l'attestation d'admissibilité. »

Art. 20 – Dans la même section, il est inséré un article 93.73 rédigé comme suit :

« Art. 93.73 – *Transport scolaire pour les élèves primo-arrivants*

Pour l'application de l'article 24, alinéas 3 et 4, du même décret du 31 août 1998 aux élèves primo-arrivants, les jours de la semaine où les élèves primo-arrivants fréquentent la classe d'apprentissage linguistique, l'établissement est considéré comme l'école de libre choix la plus proche; les autres jours, c'est l'école où ils sont inscrits qui est considérée comme l'école de libre choix la plus proche. »

Art. 21 – Dans le même chapitre, il est inséré une section 3 intitulée comme suit :

« Section 3 – Conseil d'intégration ».

Art. 22 – Dans le même chapitre, section 3, il est inséré un article 93.74 rédigé comme suit :

« Art. 93.74 – *Composition du conseil d'intégration*

§ 1^{er} – Dans les écoles secondaires ordinaires qui organisent une classe d'apprentissage linguistique, le Gouvernement institue un conseil d'intégration qui permet la meilleure intégration scolaire possible des élèves primo-arrivants et qui se compose comme suit :

- 1° un président choisi parmi les membres du personnel du Ministère compétents pour la pédagogie;
- 2° les professeurs des classes d'apprentissage linguistique de la région regroupant les communes d'Eupen, La Calamine, Lontzen et Raeren, d'une part, et de la région regroupant les communes d'Amblève, Bullange, Burg-Reuland, Butgenbach et Saint-Vith, d'autre part;
- 3° les chefs d'établissement de l'enseignement secondaire de la région regroupant les communes d'Eupen, La Calamine, Lontzen et Raeren, d'une part, et de la région regroupant les communes d'Amblève, Bullange, Burg-Reuland, Butgenbach et Saint-Vith, d'autre part;
- 4° un agent du Ministère chargé de l'équivalence des diplômes étrangers;
- 5° un conseiller en pédagogie de soutien du centre de pédagogie de soutien chargé d'y conseiller les élèves primo-arrivants;
- 6° un secrétaire choisi parmi les agents du Ministère.

Pour chaque membre effectif mentionné à l'alinéa 1^{er}, il est prévu un suppléant sélectionné selon les mêmes critères.

Les membres effectifs et suppléants du conseil d'intégration sont désignés pour une durée indéterminée.

§ 2 – À la demande du conseil d'intégration, des experts externes peuvent être invités en tant que membres ayant voix consultative.

§ 3 – Le conseil d'intégration ne peut délibérer valablement que si au moins la moitié des membres effectifs mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, ou leurs suppléants sont présents.

Si le quorum n'est pas atteint, le président convoque une nouvelle réunion au plus tôt le jour ouvrable suivant.

La décision motivée est émise après un vote à la majorité simple des voix. Les membres ne peuvent s'abstenir. »

Art. 23 – Dans la même section, il est inséré un article 93.75 rédigé comme suit :

« Art. 93.75 – *Missions du conseil d'intégration*

Le conseil d'intégration est chargé de guider les élèves primo-arrivants en vue d'une intégration optimale dans les écoles secondaires ordinaires organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone.

Il délibère et statue sur le futur cursus scolaire et le moment de l'intégration définitive dans les écoles secondaires ordinaires, et ce, en se basant sur un test standardisé de classement des compétences dans la langue de l'enseignement, approuvé par l'inspection scolaire.

Le conseil d'intégration formule des recommandations quant au soutien futur et à des mesures de compensation des désavantages en raison d'un manque de compétences dans la langue de l'enseignement. Ces décisions sont consignées par écrit; dans les 20 jours ouvrables, le président du conseil d'intégration les notifie par recommandé aux personnes chargées de l'éducation.

Avec le soutien du président du conseil d'intégration, les personnes chargées de l'éducation peuvent introduire une demande en vue de mesures de compensation des désavantages. »

Art. 24 – Dans le même chapitre, il est inséré une section 4 intitulée comme suit :

« Section 4 – Compensation des désavantages en raison d'un manque de compétences dans la langue de l'enseignement et protection des notes en raison d'un manque de compétences dans la langue de l'enseignement et dans les langues étrangères ».

Art. 25 – Dans le même chapitre, section 4, il est inséré un article 93.76 rédigé comme suit :

« Art. 93.76 – *Principe*

Moyennant les adaptations mentionnées aux articles 13 et 14, les articles 93.33 à 93.46 s'appliquent aux élèves présentant un manque de compétences dans la langue d'enseignement; par cela, il faut entendre que leurs connaissances linguistiques se situent sous le niveau B1 du cadre européen commun de référence pour les langues. Moyennant les adaptations mentionnées aux articles 13 et 14, les articles 93.38 à 93.46 s'appliquent en plus aux élèves présentant un manque de compétences dans les langues étrangères. »

Art. 26 – Dans la même section, il est inséré un article 93.77 rédigé comme suit :

« Art. 93.77 – *Compensation des désavantages en raison d'un manque de compétences dans la langue de l'enseignement*

Les adaptations suivantes valent pour appliquer la procédure relative à la compensation des désavantages aux élèves présentant un manque de compétences dans la langue de l'enseignement :

1° l'article 93.33, alinéa 4, ne s'applique pas et par la notion « nécessitant un soutien spécifique », il faut entendre un manque de compétences dans la langue de l'enseignement »;

2° l'article 39.34, § 2, ne s'applique pas et, par dérogation à l'article 93.34, alinéa 3, l'avis reprend les données suivantes :

2.1. le nom de l'organisme;

2.2. le titre et les références professionnelles du ou des experts qui ont établi l'évaluation de l'élève et l'avis;

2.3. les nom, prénom, date et lieu de naissance ainsi que le domicile de l'élève;

2.4. le nom et l'adresse de l'école ordinaire où l'élève a fréquenté une classe d'apprentissage linguistique, dans la mesure où il était inscrit dans une telle classe;

- 2.5. le nom et l'adresse de l'école fondamentale ou secondaire ordinaire, l'année d'études, y compris la forme d'enseignement de l'enseignement secondaire où il sera scolarisé à l'avenir;
- 2.6. le test de classement approuvé par l'inspection scolaire pour la constatation et son exploitation;
- 2.7. la nature des problèmes généraux rencontrés par l'élève dans la langue de l'enseignement;
- 2.8. les forces et faiblesses pertinentes de l'élève dans l'un des quatre sous-domaines du cadre européen commun de référence pour les langues, figurant ci-dessous, ainsi que leurs répercussions sur le processus d'apprentissage :
 - 2.8.1. compréhension à la lecture;
 - 2.8.2. parler;
 - 2.8.3. compréhension à l'audition;
 - 2.8.4. écrire;

2.9. les recommandations formulées quant aux mesures de compensation;

3° par dérogation à l'article 35, § 1^{er}, alinéa 3, les mesures de compensation des désavantages ne peuvent être que de nature technique, personnelle ou organisationnelle;

4° sans préjudice de l'article 93.36, alinéa 1^{er}, une prolongation des mesures de compensation des désavantages est exclue;

5° les alinéas 3 et 4 de l'article 33.37 ne s'appliquent pas. »

Art. 27 – Dans la même section, il est inséré un article 93.78 rédigé comme suit :

« Art. 93.78 – *Protection des notes en raison d'un manque de compétences dans la langue de l'enseignement et dans les langues étrangères*

Les adaptations suivantes valent pour appliquer la procédure relative à la protection des notes aux élèves présentant un manque de compétences dans la langue de l'enseignement et dans les langues étrangères :

1° les alinéas 3 et 4 de l'article 93.38 ne s'appliquent pas et la protection des notes en raison d'un manque de compétences dans la langue de l'enseignement et dans les langues étrangères ne peut être demandée que pour la langue de l'enseignement et les langues étrangères;

2° par dérogation à l'article 93.39, § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 3, s'applique ce qui suit :

2.1. dans les six mois suivant l'intégration définitive dans une école fondamentale ou secondaire ordinaire, les personnes chargées de l'éducation introduisent, auprès du chef d'établissement de l'école dans laquelle l'enfant ou le jeune est inscrit, une demande de protection des notes en raison d'un manque de compétences dans la langue de l'enseignement et dans les langues étrangères. Pour ce faire, elles utilisent le formulaire de demande établi par le Gouvernement. À l'expiration du délai, la demande est rejetée d'office.

La demande est accompagnée de la décision prise par le chef d'établissement à propos des mesures de compensation, des documents relatifs à ces mesures ainsi que d'un avis rendu par un organisme expert en la matière. L'avis ne date pas de plus de six mois et motive la nécessité de protéger les notes; il est sollicité par les personnes chargées de l'éducation.

2.2. L'avis reprend les données suivantes :

2.2.1. le nom de l'organisme;

2.2.2. le titre et les références professionnelles du ou des experts qui ont établi l'évaluation de l'élève et l'avis;

2.2.3. les nom, prénom, date et lieu de naissance ainsi que le domicile de l'élève;

2.2.4. le nom et l'adresse de l'école ordinaire où l'élève a fréquenté une classe d'apprentissage linguistique, dans la mesure où il était inscrit dans une telle classe;

2.2.5. le nom et l'adresse de l'école fondamentale ou secondaire ordinaire, l'année d'études, y compris la forme d'enseignement de l'enseignement secondaire où il sera scolarisé à l'avenir;

2.2.6. le test de classement approuvé par l'inspection scolaire pour la constatation et son exploitation;

2.2.7. la nature des problèmes généraux rencontrés par l'élève dans la langue de l'enseignement;

2.2.8. les forces et faiblesses pertinentes de l'élève dans l'un des quatre sous-domaines du cadre européen commun de référence pour les langues, figurant ci-dessous, ainsi que leurs répercussions sur le processus d'apprentissage :

2.2.8.1. compréhension à la lecture;

2.2.8.2. parler;

2.2.8.3. compréhension à l'audition;

2.2.8.4. écrire;

2.2.9. des recommandations formulées à propos des mesures de compensation et de la protection des notes dans les sous-domaines pertinents du référentiel de compétences ou du programme;

2.3. la protection des notes en raison d'un manque de compétences dans la langue d'enseignement et dans les langues étrangères n'est plus octroyée à partir de la 5^e année secondaire;

3° sans préjudice de l'article 93.41, alinéa 1^{er}, et de l'article 93.42, § 3, alinéa 1^{er}, une prolongation de la protection des notes en raison d'un manque de compétences dans la langue d'enseignement et dans les langues étrangères est exclue. »

Art. 28 – Dans le même chapitre, il est inséré une section 5 intitulée comme suit :

« Section 5 – Capital emplois pour des élèves primo-arrivants et pour l'organisation des classes et cours d'apprentissage linguistique ».

Art. 29 – Dans la même section, il est inséré un article 93.79 rédigé comme suit :

« Art. 93.79 – *Capital emplois pour des élèves primo-arrivants en section maternelle*

Pour les élèves mentionnés à l'article 5, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le pouvoir organisateur peut demander du capital emplois supplémentaire, si au moins 40 % de l'ensemble des élèves de la section maternelle ne maîtrisent pas la langue de l'enseignement et qu'au moins 12 enfants y sont inscrits.

Dès que 40% de l'ensemble des élèves de la section maternelle sont, au cours d'une année scolaire, identifiés comme élèves primo-arrivants au moyen du formulaire mentionné à l'article 5, § 1^{er}, alinéa 2, le pouvoir organisateur peut introduire une demande auprès du Gouvernement en vue d'obtenir du capital emplois supplémentaire. L'inspection scolaire émet un avis en se basant sur les formulaires complétés et juge éventuellement la situation en se rendant sur place.

Le capital emplois supplémentaire vaut chaque fois pour l'année scolaire en cours et jusqu'au 30 septembre de l'année scolaire suivante.

Le capital emplois supplémentaire correspond à :

1° de 5 à 10 élèves primo-arrivants : un quart d'emploi supplémentaire;

2° de 11 à 17 élèves primo-arrivants : un quart d'emploi supplémentaire;

3° de 18 à 24 élèves primo-arrivants : un quart d'emploi supplémentaire;

4° à partir du 25^e élève primo-arrivant : un quart d'emploi supplémentaire par tranche de 6 élèves.

Les normes susmentionnées valent par section linguistique. »

Art. 30 – Dans la même section, il est inséré un article 93.80 rédigé comme suit :

« Art. 93.80 – *Organisation des classes et cours d'apprentissage linguistique dans les écoles fondamentales ordinaires*

Pour l'organisation d'une classe ou, selon le cas, d'un cours d'apprentissage linguistique, dès que les normes sont atteintes, les pouvoirs organisateurs d'écoles fondamentales ordinaires obtiennent le capital emplois suivant :

- 1° de 3 à 5 élèves primo-arrivants : un quart d'emploi;
- 2° de 6 à 8 élèves primo-arrivants : un quart d'emploi supplémentaire;
- 3° de 9 à 12 élèves primo-arrivants : un demi-emploi supplémentaire;
- 4° à partir du 13^e élève primo-arrivant : un quart d'emploi supplémentaire par tranche de 3 élèves.

Dès que les normes prévues sont atteintes, le pouvoir organisateur peut demander le capital emplois supplémentaire à n'importe quel moment de l'année scolaire. Il vaut pour l'année scolaire en cours et jusqu'au 30 septembre de l'année scolaire suivante.

Dans les écoles fondamentales ordinaires, une classe d'apprentissage linguistique est organisée à partir du 9^e élève primo-arrivant inscrit auprès d'un pouvoir organisateur. Le pouvoir organisateur organise celle-ci à l'endroit de son choix.

Si un pouvoir organisateur n'a pas 9 élèves primo-arrivants, les pouvoirs organisateurs peuvent se grouper jusqu'à ce que la norme de 9 élèves primo-arrivants soit atteinte.

S'il n'y a pas, dans l'ensemble du nord de la Communauté germanophone, 9 élèves primo-arrivants scolarisés, une classe d'apprentissage linguistique ne remplissant pas la norme minimale de 9 élèves primo-arrivants peut être organisée par dérogation à la norme. Cela vaut aussi pour le sud de la Communauté germanophone.

Lorsqu'aucune classe d'apprentissage linguistique ne peut être organisée, le pouvoir organisateur n'utilise le capital périodes mis à sa disposition que pour des cours d'apprentissage linguistique dans ses écoles fondamentales ordinaires. Ceux-ci n'ont lieu que dans les implantations où les élèves primo-arrivants ne peuvent, pour des raisons organisationnelles, fréquenter de classe d'apprentissage linguistique pour élèves primo-arrivants.

C'est l'école d'origine où les élèves primo-arrivants sont inscrits qui obtient le capital emplois pour les chefs d'établissement, la coordination, les projets ainsi que les moyens financiers pour les objectifs pédagogiques et les dotations ou subventions de fonctionnement.

C'est l'école fondamentale ordinaire où la classe d'apprentissage linguistique est organisée qui reçoit les moyens pour la réduction des frais scolaires.

En ce qui concerne le capital emplois des enseignants, les élèves primo-arrivants ne comptent qu'à partir du moment de l'intégration définitive dans l'école fondamentale ordinaire. »

Art. 31 – Dans la même section, il est inséré un article 93.81 rédigé comme suit :

« Art. 93.81 – *Organisation des classes d'apprentissage linguistique dans les écoles secondaires ordinaires*

Dans l'enseignement secondaire ordinaire est organisée ou subventionnée une classe d'apprentissage linguistique pour les élèves primo-arrivants dans la région regroupant les communes d'Eupen, La Calamine, Lontzen et Raeren, d'une part, et dans la région regroupant les communes d'Amblève, Bullange, Burg-Reuland, Butgenbach et Saint-Vith,

d'autre part. Pour ce faire, 30 heures sont à chaque fois mises à disposition lorsqu'il y a jusqu'à 12 élèves primo-arrivants.

S'il y a plus de 12 élèves primo-arrivants régulièrement inscrits dans une classe d'apprentissage linguistique, des heures supplémentaires sont accordées selon les normes ci-dessous :

- 1° de 13 à 15 élèves primo-arrivants : 15 heures supplémentaires;
- 2° de 16 à 24 élèves primo-arrivants : 15 heures supplémentaires;
- 3° de 25 à 27 élèves primo-arrivants : 15 heures supplémentaires;
- 4° de 28 à 36 élèves primo-arrivants : 15 heures supplémentaires;
- 5° 15 heures supplémentaires par tranche de 6 élèves primo-arrivants à partir du 37^e.

Ces classes d'apprentissage linguistique supplémentaires sont organisées dans d'autres écoles secondaires ordinaires en accord avec les pouvoirs organisateurs.

C'est l'école secondaire ordinaire où sont inscrits les élèves primo-arrivants qui obtient le capital emplois ou capital périodes pour les chefs d'établissement, la coordination, les projets ainsi que les éducateurs.

C'est l'école secondaire ordinaire où les élèves primo-arrivants sont inscrits qui reçoit les moyens pour la réduction des frais scolaires.

C'est l'école secondaire ordinaire où les élèves primo-arrivants sont inscrits qui reçoit les moyens financiers pour les objectifs pédagogiques et les dotations ou subventions de fonctionnement.

Dès que les normes sont atteintes, le pouvoir organisateur peut demander le capital périodes à n'importe quel moment de l'année scolaire. Il vaut chaque fois pour l'année scolaire en cours et jusqu'au 30 septembre de l'année scolaire suivante. »

Art. 32 – L'article 97 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 – Par dérogation au § 1^{er}, la mission du maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique et du professeur de classes d'apprentissage linguistique consiste à :

- 1° conseiller et soutenir le personnel enseignant lors de la planification et de la mise en œuvre de mesures de différenciation et de soutien dans l'enseignement, pour des élèves individuellement ou pour des groupes d'élèves;
- 2° travailler individuellement avec des élèves et groupes d'élèves;
- 3° établir un historique individuel pour les élèves;
- 4° faire passer les tests approuvés par l'inspection scolaire en vue d'établir le niveau linguistique;
- 5° coopérer, échanger et coordonner avec les partenaires pertinents, notamment les personnes chargées de l'éducation, le personnel enseignant des écoles ordinaires, le conseiller en pédagogie de soutien;
- 6° participer à des réunions de personnel, à des conseils de classe et à des réunions de coordination;
- 7° participer à des activités de recyclage et de formation continuée ainsi qu'à des conférences pédagogiques;
- 8° accomplir des tâches qui contribuent à la réalisation du projet d'établissement;
- 9° assumer la charge professorale, à savoir planifier, préparer et donner des heures de cours et accomplir d'autres activités pédagogiques;
- 10° assurer la mission éducative, à savoir l'encadrement régulier et personnel de l'élève et le développement de son sens des responsabilités;
- 11° assurer les surveillances;

- 12° organiser les contacts avec les parents et participer aux réunions de parents;
- 13° s'impliquer dans l'évaluation interne et externe de l'école;
- 14° coopérer avec les membres du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;
- 15° diriger une classe et assurer les tâches administratives y afférentes telles que la rédaction de rapports et de bulletins;
- 16° coopérer au curriculum d'établissement et concevoir des curriculums disciplinaires;
- 17° tenir un journal de classe;
- 18° corriger les travaux effectués par les élèves et mener l'évaluation formative des élèves.

Il est interdit aux maitres de classes ou cours d'apprentissage linguistique et aux professeurs de classes d'apprentissage linguistique de remplacer, dans le cadre de leurs activités, un autre membre du personnel appartenant à la catégorie du personnel directeur et enseignant. »

Art. 33 – Dans le chapitre XII du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 123quinquies rédigé comme suit :

« Art. 123quinquies – Les élèves qui n'ont pas été scolarisés plus de 20 mois sur le territoire de la région de langue allemande et qui ne disposent pas du niveau de compétence A2 du cadre européen commun de référence pour les langues sont, jusqu'au 30 juin 2019, considérés comme des élèves primo-arrivants. »

Chapitre 5 – Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné

Art. 34 – À l'article 33, alinéa 1^{er}, 5°, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) s'il s'agit d'un membre du personnel qui occupe la fonction de maitre de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou de professeur de classes d'apprentissage linguistique, il dispose des diplômes mentionnés à l'article 7, 9°, à l'exception du 9.1, ou à l'article 9quater, à l'exception du 1°, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements; ».

Art. 35 – L'article 49, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) s'il s'agit d'un membre du personnel qui occupe la fonction de maitre de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou de professeur de classes d'apprentissage linguistique, il dispose des diplômes mentionnés à l'article 7, 9°, à l'exception du 9.1, ou à l'article 9quater, à l'exception du 1°, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements; ».

Art. 36 – Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 119.10 rédigé comme suit :

« Art. 119.10 – La condition mentionnée à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5°, g), selon laquelle le membre du personnel qui occupe la fonction de maitre de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou de professeur de classes d'apprentissage linguistique, est porteur d'un diplôme mentionné à l'article 7, 9.2, ou à l'article 9quater, 2°, de l'arrêté royal du

22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, ne s'applique pas pendant les années scolaires 2017-2018 à 2019-2020 incluse. »

Art. 37 – Dans le même titre, il est inséré un article 119.11 rédigé comme suit :

« Art. 119.11 – Au 1^{er} septembre 2017, le pouvoir organisateur engage à titre temporaire dans la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou dans la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique les membres du personnel qui, à ce moment, ont été pendant au moins 10 années scolaires professeur d'une classe-passerelle créée conformément au décret du 17 décembre 2001 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants.

Une attestation rédigée par le chef d'établissement peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur, attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel.

Les membres du personnel engagés à titre temporaire conformément à l'alinéa 1^{er} ne peuvent bénéficier du régime de priorité, être engagés à titre temporaire pour une durée indéterminée ou à titre définitif que s'ils sont porteurs des diplômes mentionnés à l'article 7, 9^o, à l'exception du 9.1, ou à l'article 9^{quater}, à l'exception du 1^o, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements et d'un titre pédagogique qui correspond aux éléments essentiels figurant dans l'annexe 3 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement et qui est reconnu équivalent par le Gouvernement. »

Chapitre 6 – Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés

Art. 38 – L'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres PMS officiels subventionnés, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un f) rédigé comme suit :

« f) s'il s'agit d'un membre du personnel qui occupe la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou de professeur de classes d'apprentissage linguistique, il dispose des diplômes mentionnés à l'article 7, 9^o, à l'exception du 9.1, ou à l'article 9^{quater}, à l'exception du 1^o, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements; ».

Art. 39 – L'article 37, alinéa 1^{er}, 5^o, du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un f), rédigé comme suit :

« f) s'il s'agit d'un membre du personnel qui occupe la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou de professeur de classes d'apprentissage linguistique, il dispose des diplômes mentionnés à l'article 7, 9^o, à l'exception du 9.1, ou à l'article 9^{quater}, à l'exception du 1^o, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire,

spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements; ».

Art. 40 – Dans le chapitre XIV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 111*decies* rédigé comme suit :

« Art. 111*decies* – La condition mentionnée à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, g), selon laquelle le membre du personnel qui occupe la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou de professeur de classes d'apprentissage linguistique, est porteur d'un diplôme mentionné à l'article 7, 9.2, ou à l'article 9*quater*, 2^o, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements, ne s'applique pas pendant les années scolaires 2017-2018 à 2019-2020 incluse. »

Art. 41 – Dans le même chapitre, il est inséré un article 111*duodecies* rédigé comme suit :

« Art. 111*duodecies* – Au 1^{er} septembre 2017, le pouvoir organisateur désigne dans la fonction de maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique ou dans la fonction de professeur de classes d'apprentissage linguistique les membres du personnel qui, à ce moment, ont été pendant au moins 10 années scolaires professeur d'une classe-passerelle créée conformément au décret du 17 décembre 2001 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants.

Une attestation rédigée par le chef d'établissement peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur, attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel.

Les membres du personnel désignés conformément à l'alinéa 1^{er} ne peuvent bénéficier du régime de priorité, être désignés à titre temporaire pour une durée indéterminée ou nommés à titre définitif que s'ils sont porteurs des diplômes mentionnés à l'article 7, 9^o, à l'exception du 9.1, ou à l'article 9*quater*, à l'exception du 1^o, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et des internats dépendant de ces établissements et d'un titre pédagogique qui correspond aux éléments essentiels figurant dans l'annexe 3 du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement et qui est reconnu équivalent par le Gouvernement. »

Chapitre 7 – Modification du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement

Art. 42 – Dans l'article 1^{er}, § 2, 3^o, du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement, modifié par le décret du 20 juin 2016, les i) et j) sont rétablis dans la rédaction suivante :

- « i) maître de classes ou cours d'apprentissage linguistique;
- j) professeur de classes d'apprentissage linguistique ;».

Chapitre 8 – Dispositions finales

Art. 43 – Sont abrogés :

- 1^o le décret du 17 décembre 2001 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants, modifié par les décrets des 25 mai 2009 et 26 juin 2013;

2° les articles 57*bis* et 61*bis* du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, insérés par le décret du 17 décembre 2001 et modifiés en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015.

Art. 44 – Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2017, exception faite de l'article 27, qui entre en vigueur au 1^{er} septembre 2018.

Eupen, le

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président

O. PAASCH

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

H. MOLLERS

